Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 43. Mittag-Ausgabe. Achtundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Freitag, den 26. Januar 1877.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

7. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 25. Januar).

12 Uhr. Am Ministertische Leonhardt, Geh. Räthe Rindfleisch, Starke und Oehlschläger und zahlreiche Commissarien.

Vom Finanzminister ist die Nachweisung über die Resultate der anderweiten Verpachtung der im Jahre 1876 pachtlos gewordenen und im Jahre 1877 pachtlos werdenden Domänenvorwerke dem Hause zugegangen.

Zu Mitgliedern der Bibliothekscommission hat der Präsident ernannt die Abgg. Mommsen (Vorsitzender), v. Cuny (Schriftführer), Lieber, Lutteroth, Petri, v. Sybel, Zelle und Nasse.

Ohne Debatte genehmigt das Haus in dritter Berathung den Gesetzentwurf, betr. die Deckung der Kosten der anderweiten Regulirung der Grundsteuer in den Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau, sowie im Kreise Meisenheim. Die Gesetzentwürfe, betr. die anzufertigenden und zum Verkauf zu stellenden Stempelsorten, die Verpflichtung zum Halten der Gesetzsammlung und des Amtsblattes im Kreise Herzogthum Lauenburg und die Einstellung der Erhebung der Meßabgabe in Frankfurt a. O.

Es folgt die zweite Berathung der Vorlage, betr. die nach dem Gesetz über das Kostenwesen in Auseinandersetzungs-Sachen vom 24. Juni 1875 zu gewährenden Tagegelder, Reisekosten und Feldzulagen.

Abg. Sombart spricht sein Bedauern darüber aus, daß man ohne Rücksicht auf die im Laufe der Jahre eingetretene Entwerthung des Geldes und die Vermehrung der Unkosten den Entschädigungssatz für die Feldmesser bei Beschäftigung in größerer Entfernung vom gewöhnlichen Wohnorte viel zu niedrig aufgestellt habe.

Der Gesetzentwurf wird unverändert angenommen. Das Haus geht demnächst zur zweiten Berathung des Staatshaushaltsetats und zwar zunächst des Etats der Justizverwaltung über.

Zum Capitel 30, Titel 1 und 3 der Einnahme (Gerichtskosten und Strafen) liegt folgender Antrag des Abg. Wachler vor: Die Staatsregierung aufzufordern, den § 54 der Instruction für die Kassenverwaltungen der Gerichtsbehörden im Geltungsbereiche der Verordnung vom 2. Januar 1849 aus dem Jahre 1875 dahin abzuändern, daß freiwillig und ohne besondere Bestimmung gezahlte Geldbeträge mit den im Wege der Zwangsvollstreckung beigetriebenen Geldbeträgen nach dem Grundsatze für freiwillige Zahlungen bei der Verrechnung auf Geldstrafen und Kosten gleichgestellt werden.

Abg. Wachler: Der § 54 der bezogenen Instruction lautet: „Ein freiwillig und ohne besondere Bestimmung gezahlter Geldbetrag, welcher Geldstrafen und Kosten nicht vollständig deckt, ist zunächst auf die Strafe und der Rest auf die Kosten zu verrechnen. Deckt der im Wege der Zwangsvollstreckung beigetriebene Betrag die Geldstrafe und die Kosten nicht vollständig, so sind aus demselben zunächst die Kosten zu decken." In diesem Paragraph erblicke ich eine außerordentliche Härte gegen die davon Betroffenen; er ist eine Umkehrung des sonst in Preußen geltenden Princips und widerspricht allen Grundsätzen einer wohlwollenden Strafjustizvollstreckung.

Nachdem der Regierungscommissar Geh.-R. Rindfleisch erklärt, daß die Regierung den Antrag in Erwägung ziehen werde, wird derselbe vom Hause angenommen und die betreffende Position im Etat genehmigt.

Zu Titel 5 (Antheil an dem Arbeitsverdienst der Gerichtsgefangenen 483,350 Mk.) rügt Abg. Röckerath die Art und Weise, in welcher gegenwärtig von der preuß. Gefängnißverwaltung die Arbeit der Gefangenen einem Großindustriellen in Entreprise gegeben und zu deren Privatvortheil unter empfindlichster Schädigung der Kleinindustrie und des freien Handwerks ausgebeutet werde,

Abg. Eberty: Die Klagen der Industriellen und der Handwerker über die nicht gerechtfertigte Concurrenz durch Beschäftigung der Gefangenen sind im vollsten Maße begründet. Die Sache ist geradezu zu einer Calamität für das Land geworden. Ich habe von je her die in Irland und England mit so großem Glück durchgeführte Beschäftigung der Gefangenen an öffentlichen Werken befürwortet. In England beträgt der Procentsatz der Rückfälligen unter den Verbrechern 5 bis 7 Procent, in Preußen aber 78 Procent (Hört!), das ist eine schwerwiegende und schneidige Verurtheilung des bei uns herrschenden Systems. Ich behalte mir vor, beim Etat des Ministeriums des Innern ausführlich auf diesen Gegenstand zurückzukommen.

Regierungscommissar Geh. Rath Starke erwidert, daß das in England adoptirte System sich nur durchführen lasse bei Gefangenen, die zu langjähriger Gefängnißstrafe verurtheilt seien. Die Vergebung der Gefängnißarbeit an Industrielle erfolge nur nach sorgfältiger Prüfung der Verhältnisse und unter Forderung aller Garantien sowohl im Interesse der Gefängnißverwaltung wie der Gefangenen selbst. Insbesondere bei der gegenwärtigen industriellen Krise sei der Vortheil der betreffenden Unternehmer sehr problematisch; viele von ihnen würden gewiß, wenn sie könnten, von ihren Verträgen sich entbinden lassen.

Die Position wird genehmigt.

Zu Titel 1 der dauernden Ausgaben (Gehalt des Justiz-Ministers) richtet

Abg. Löwenstein die Anfrage an den Justizminister, in welchem Stadium der Vorbereitung sich das in § 89 der Verfassung in Aussicht genommene Gerichtsorganisationsgesetz befinde, dessen endliche Vorlegung dem Hause in voriger Etatsberathung für diese oder die folgende Session zugesagt wurde.

Justizminister Leonhardt: Die geforderte Vorlage wird mit thunlichster Beschleunigung dem Hause gemacht werden. Ob dies aber bereits zum October dieses Jahres geschehen kann, vermag ich noch nicht abzusehen, da es sich hier um höchst schwierige Verhältnisse handelt.

Abg. Lasker: Es ist allerdings im höchsten Grade wünschenswerth, daß mit dieser Arbeit so schnell wie möglich vorgegangen wird. So lange die definitive Regelung der Sitze der Oberlandes- und Landesgerichte nicht stattgefunden, werden die neuen Justizgesetze immer noch einen Gegenstand der Beunruhigung im Lande und der Parteispeculation bilden. Es wäre geradezu ein Unglück für das Land, wenn der Abschluß der Justizgesetze sich so lange hinziehen sollte, daß etwa wieder die nächste Reichstagswahl unmittelbar darauf folgte.

Justizminister Leonhardt: Ich denke, es wird gar keiner Versicherung bedürfen, daß Niemand so sehr wie die Justizverwaltung daran interessirt sein kann, daß mit der äußersten Beschleunigung diese Frage definitiv geregelt und der Sitz der Oberlandes- und Landesgerichte festgestellt werde. Das Haus kann sicher darauf vertrauen, daß von meiner Seite in dieser Sache nichts versäumt werden wird.

Abg. Schröder (Lippstadt): Zu den Pflichten des Justizministers gehört bekanntlich auch die Ueberwachung der Staatsanwälte. Schon längst haben wir nun in Preußen den Eindruck, daß die Staatsanwälte nicht mehr auf dem Wege sind, eine ruhige, ordnungsmäßige Pflege der Criminaljustiz zu führen und wie das Gesetz vom Jahre 1849 in § 3 für sie vorschreibt, dafür zu sorgen, daß kein Unschuldiger verfolgt werde. Wäre das wirklich der Fall, so hätten wir nicht so viel Freisprechungen und Anklagen, die geradezu erheiternd wirken, wenn man den logischen Sprüngen folgt, die nach gewissen Richtungen hin darin ausgeführt werden. Ich erinnere nur an die letzte Freisprechung des socialdemokratischen Abgeordneten Fritzsche in Berlin. Wer diese Anklage und die Verhandlungen vor Gericht gelesen, der muß in der That die Achseln so hoch wie möglich zucken. (Heiterkeit.) Statt im Bewußtsein ihres Amtes ihren Verpflichtungen nachzukommen, hat sich bei vielen Staatsanwälten, namentlich bei den geistig minder begabten (Heiterkeit), schon längst die Idee eingenistet, daß es ihr hauptsächlicher Beruf sei, den Staat retten zu helfen gegen die oppositionellen Parteien, die Socialdemokraten und die sogenannten Ultramontanen. Welche Erfolge gegen die ersteren damit thatsächlich errungen sind, dafür liefern ja die Berliner Reichstagswahlen einen schlagenden Beweis; bekanntlich haben ja die Socialdemokraten am Abend des Wahltages nach Constatirung ihres glänzenden Sieges in Berlin auf Herrn Tessendorf in öffentlicher Versammlung ein Hoch ausgebracht. (Heiterkeit.) Ich habe insbesondere hier folgenden Fall von staatsanwaltlicher Verfolgungssucht gegen die Ultramontanen zur Sprache zu bringen. In meiner Heimath Westphalen wurde am 5. Jan. dieses Jahres eine förmliche Razzia abgehalten auf sämmtliche Decane der Diöcese Paderborn; es wurde hausgesucht nach Documenten, welche die amtliche Thätigkeit des Bischofs Martin von Paderborn nachweisen sollten. Als ich am 9. Jan. von einer Wahlreise aus Dortmund zurückkehrte, wo ich versucht hatte, den Collegen Berger aus dem Sattel zu heben (Heiterkeit), traf ich einen der Herren, bei dem man hausgesucht hatte, auf der Eisenbahn und erfuhr von ihm, daß er deshalb nach Hause eile, um wieder einmal seine Briefe aus den Händen des Staatsanwalts in Empfang zu nehmen.

Ich erkundigte mich ganz erstaunt, wie das komme, und er versicherte mir, daß schon seit mehreren Tagen — nota bene ohne daß irgend welche gerichtliche Untersuchung gegen ihn anhängig war — sämmtliche Briefe auf der Post, die auf ihn lauteten, dem Staatsanwalt ausgehändigt würden (hört! hört! im Centrum), daß dieser sodann jeden Morgen mit den Briefen zu ihm komme und ihn zwänge, die Briefe in seiner Gegenwart zu eröffnen und ihn Einsicht von denselben nehmen zu lassen. (Hört!) Ich frage Sie, meine Herren, und ich frage den Justizminister, auf Grund welches Gesetzes der Staatsanwalt längere Zeit hindurch sämmtliche Briefe an einen Staatsbürger, gegen den gar nichts vorliegt, durch einfache Requisition auf der Post an sich selbst dirigiren lassen und den Adressaten zwingen darf, in seine Correspondenz Einsicht zu gestatten. Hier muß man wirklich sagen: da hört doch in Preußen Alles auf. (Sehr wahr! im Centrum.) Und die Veranlassung hierzu ist eine so nichtige, daß man eine so ungeheuerliche Verletzung des einfachen Anstandsgefühls, wie es unter Gentlemens doch üblich ist, gar nicht begreifen kann. Daß der Bischof nach wie vor sein bischöfliches Amt in seiner Diöcese ausüben wird, das wird ja der Oberstaatsanwalt niemals hindern. (Oho! links.) Ja, meine Herren, glauben Sie denn, daß jemals ein römisch-katholischer Bischof sich an die Urtheile der Herren Kannegießer und Genossen im Geringsten kehre. (Hört! große Unruhe links.) Und glauben Sie denn, daß irgend ein anständiger katholischer Mann sich dadurch hindern lassen wird, den Geboten seines Bischofs in Kirchensachen nach wie vor zu gehorchen? Sie sollten sich doch freuen, daß es der Flexibilität der preußischen Richter gegenüber noch Leute giebt, die Charakter haben. Es ist ja ganz selbstverständlich, daß unsere Bischöfe noch heute vom Auslande aus ihre Diöcese regieren und daß das den Staat ganz und gar nichts angeht. (Oho! Lebhafter Widerspruch links.)

Geht es so fort wie bisher und werden alle unsere Bischöfe abgesetzt, nun so wird Preußen eben ein Land wie andere Länder auch, wo die Bischöfe blos in partibus infidelium regieren, dann kommt Preußen zu Hinterindien, zu Dahomey und zu den Botokuden. (Gelächter links.) Meine Herren, ich bitte Sie doch dringend, nicht zu lachen, die Sache ist sehr ernst gemeint: wenn die heut herrschende Wirthschaft bei uns so fortgeht, dann werden noch ganz andere Aehnlichkeiten zwischen Dahomey und Deutschland eintreten. (Wiederholte Heiterkeit.) Uns gegenüber halten Sie eben alle Mittel für erlaubt. Selbst die Partei, von der ich immer gehofft hatte, daß sie nun ernstlich bestrebt sein werde, daß wir endlich mit diesem Culturkampf aufhören, die Fortschrittspartei, die ja die Trennung von Staat und Kirche auf ihr ursprüngliches Programm geschrieben hatte, sehen wir zu unserem Bedauern den Kampf in derselben Weise gegen uns führen, wenigstens hier im Abgeordnetenhause. Ja Sie, meine Herren (zur Fortschrittspartei), sind die eigentlich confessionelle Partei, denn Sie haben die Altkatholiken in ihrer Mitte und suchen auf jede Weise den Altkatholicismus zu fördern, dem ich übrigens persönlich allen Fortgang wünsche. (Heiterkeit. Rufe: Zur Sache!)

Präsident v. Bennigsen bemerkt, daß die letzten Ausführungen des Redners allerdings in gar keiner Verbindung mehr mit dem Justizetat ständen.

Abg. Schröder (Lippstadt): So will ich denn schließen mit der Aufforderung an den Justizminister, er möge seine Staatsanwälte mehr an die Kandare herannehmen, damit sie nicht durchgehen. (Beifall im Centrum. Zischen links.)

Justizminister Dr. Leonhardt: Ich muß generell leugnen, daß die Staatsanwaltschaft den gesetzlichen Vorschriften nicht nachkomme, und muß insonderheit in Abrede stellen, daß die Staatsanwälte zur Zeit und überhaupt während meiner Amtsführung die objective Ruhe nicht beobachtet hätten. Im Allgemeinen wird das genügen. Nun hat der Vorredner ganz unbestimmt eine Reihe von Beschwerden vorgebracht und es beklagt, daß im Bezirke des Appellationsgerichtes Paderborn Haussuchungen stattgefunden hätten, ein Wechsel des Untersuchungsrichters vorgenommen wäre u. dgl. m., und ich darf wohl annehmen, daß er glaubt, dies wäre gegen die Ordnung geschehen. Darüber kann ich gar nichts sagen, es ist mir nichts davon bekannt geworden. Ich habe Ihnen schon in der vorigen Session gesagt, es ist ganz unmöglich, daß der Justizminister über jeden Vorgang innerhalb der Justizpflege Rechenschaft geben kann. Ich habe damals gebeten, man möchte mir doch derartige Vorgänge vorher mittheilen (Sehr richtig!), dann wäre ich möglicherweise in der Lage Auskunft zu geben. Aber diesen allgemeinen Behauptungen gegenüber kann ich weiter nichts antworten, als was ich bis jetzt gethan habe.

Abg. Dr. Lasker: Der Abg. Schröder hat sich gewundert, daß bei seinem Vortrage Lachen im Hause entstand, und uns aufgefordert, seine Rede doch mit Ernst anzuhören; er hat aber vergessen, daß dieses Lachen blos eine Consequenz seiner Rede war, daß er es also in der Hand hatte, dasselbe zu vermeiden. Als er anfing von Beschlagnahmen, die ungesetzlich vorgenommen seien, zu sprechen, war man still und aufmerksam, weil wir diesen Dingen, wenn sie bgründet waren, die größte Aufmerksamkeit zugewendet hätten. Wenn er aber dann eine ganze Reihe von Sachen vorbringt, die mir ein Rest aus den Wahlversammlungen zu sein schienen, und gar nicht in das Haus hineingehören (Oho! im Centrum; Sehr richtig! links), so braucht man sich nicht zu wundern, wenn wir meinten, es wäre ihm mit der ganzen Discussion gar nicht Ernst, und Sie (im Centrum) wären nunmehr in das humoristische Stadium gekommen, und wir gratulirten uns schon dazu, daß Sie den Humor gefunden hätten. (Heiterkeit.)

Die Rede hatte aber auch eine ernste Seite. Sie (im Centrum) führen immer die beliebten Stichworte im Munde: Wir sind die kräftigen Männer, wir haben einen unbeugsamen Nacken, wir wahren die Freiheit und das Recht, kurz Sie sagen von sich alles Schöne, was ein Mensch mit parlamentarischer Bescheidenheit von sich sagen kann, und von den Gegnern wird alles Schlechte gesagt, was man in guter Gesellschaft von einem Nachbarn eigentlich nicht sagen sollte; es geht eben so knapp beim Ordnungsrufe vorbei. Damit man aber im Lande sehe, wie die Herren die Opposition führen, will ich ein paar Punkte herausgreifen. Den königlichen Gerichtshof, der durch ein Gesetz eingerichtet ist . . . (Aha! im Centrum) Sie verspotten die Gesetze, das weiß ich; das ist gerade unsere Klage und der Grund des Unfriedens. Diesen Gerichtshof, der für die Mehrheit eine Autorität ist, nennt dieser Vertreter Ihrer Partei „Kannegießer und Genossen". (Hört! hört! links; Bewegung im Centrum.) Wenn Sie nicht Heißsporne in Ihrer Partei hätten, würden solche Ausdrücke nicht gewagt werden; die Besonneneren von Ihnen hüten sich, so offen ihre Karte aufzudecken. Ein Vertreter dieser Partei entwickelt alsdann: was kümmert es denn den Staat, ob das von ihm gegebene Gesetz und die unter seiner Autorität erlassenen rechtskräftigen Erkenntnisse ausgeführt werden? Ein Volksvertreter, der auf Grund der Verfassung gewählt ist, auf Grund der Gesetze seine Autorität erhalten hat und das Privilegium der Redefreiheit genießt, spricht in dieser Weise vom Staat und seinen Gesetzen. (Sehr gut!) Das alles müssen wir dulden und ruhig mit anhören (Bewegung im Centrum), weil die Gesetze und vor Allem unser eigenes Gesetz, die Geschäftsordnung, dies erlauben. Selbst diese Ausschreitungen müssen wir ertragen, daß man von der Tribüne verkündigt, der Staat hat sich um die Ausführung seiner Gesetze nicht zu kümmern. (Abg. Schröder-Lippstadt: Das ist nicht wahr!) Wenn es Ihnen nachher nicht paßt, dann wird natürlich Alles interpretirt und in Abrede gestellt; diese Gewohnheit kennen wir bereits. Bringen Sie es dadurch nicht dahin, daß wir Ihre Reden mit Gleichgiltigkeit anhören? Wenn Sie über den wirklichen Bruch der Gesetze Klage führen, so werden Sie uns aufmerksam finden. Aber Sie erläutern es selbst, warum im Lande Derartiges vorkommen kann, wenn die Gesetze hier in unserer Mitte für etwas Gleichgiltiges erklärt werden.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich habe gar nicht gezweifelt, daß der General-Corrector des Hauses (Oho! links) eine solche Correction ergehen lassen würde. Ich wünsche nur meines Theils, daß, wenn in diesem Falle sein Rechtsgefühl verletzt ist und er dem Ausdruck geben wollte, er auch gleichmäßig dagegen reagiren wolle, wenn dies von der Regierung geschieht. Was die Ausdrucksweise meines verehrten Freundes Schröder betrifft, so kann sie diesem oder jenem etwas zu scharf erscheinen; aber wenn man die Sprache in der Conflictszeit damit vergleicht, so war er noch ein Lamm (Sehr richtig! im Centrum); und es steht denen am allerwenigsten zu, eine Belehrung zu ertheilen, die damals an der Spitze gestanden haben. Diese Gegenstände sind so ernst, daß ich zum Lachen gar keinen Anlaß gefunden habe. Die Dinge aber, worüber die Herren lachen, sind so mannigfaltig geworden, daß ich in der That die Frage, was ridikül ist, nicht mehr beantworten kann. Als unser College Gerlach sprach und keinerlei Stoff zum Lachen vorlag, da ist in einer Art gelacht worden (Sehr richtig! im Centrum), von der ich allerdings glaube, daß der Herr Präsident Sie hätte fragen können, worüber lachen Sie? Wenn ein so alt ehrwürdiger Mann hier eine Antiquität genannt wird, was wollen Sie dann noch für Vorwürfe machen. (Sehr wahr!) Uebrigens ist auch der Abg. Schröder sehr mißverstanden worden; er hat die Gesetzesverletzungen nicht vertheidigt, sondern nur aufmerksam gemacht, wohin es führt, wenn man Willkürmaßregeln in die Form von Gesetzen kleidet. Daß dem General-Corrector . . . .

Präsident von Bennigsen: Ich möchte doch den Abg. Windthorst bitten, solche Bezeichnungen zu vermeiden; wenn sie sich auch für einen Ordnungsruf nicht eignen, so sind sie doch verletzend für denjenigen, den sie betreffen.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich hatte nur die „Antiquität" vor Augen. (Heiterkeit.) Nun noch einige Worte mit dem Herrn Justizminister. Er hat gesagt, von den Staatsanwälten sei nicht mehr als früher geschehen; früher gab es solche Sachen nicht, also kann die Behauptung nicht richtig sein. Daß aber der Justizminister von den Dingen nichts weiß, darin liegt meine Beschwerde. Er hat so viele Räthe, einen Unterstaatssecretär und einen Ministerialdirector, dann ferner ein literarisches Bureau, besonders aber einen sehr bevorzugten Rath, der sich hauptsächlich mit politischen Dingen zu beschäfttgen hat, die ihn doch auf dem Laufenden zu erhalten haben. Der Justizminister muß sich um die Dinge im Einzelnen kümmern, Jedenfalls dürfte seine Antwort nicht lauten: ich weiß nichts davon, sondern: ich werde mich danach erkundigen und, wenn es wahr ist, einschreiten. (Sehr richtig! im Centrum.) Der Abg. Schröder hat sich beschwert über die Beschlagnahme von Briefen, ohne daß eine Untersuchung gegen die Adressaten schwebt. Es ist ja möglich, daß eben so, wie wir einen Belagerungszustand haben, eine generelle Untersuchung gegen alle katholischen Geistlichen, ja vielleicht gegen alle Katholiken gerichtet ist, und ich muß beinahe an eine solche generelle Untersuchung glauben. (Oho! links.) Wenn so etwas in der preußischen Criminalordnung steht, so gehört sie in die Barbarei und in die Staaten, von denen der Abg. Schröder gesprochen hat. Ich möchte den Herrn Justizminister bitten, in dem großen Kampfe ein wachsames Auge auf alle Staatsanwälte zu haben, und besonders ihnen anzudeuten, daß sie keine Belohnungen, keine Orden u. s. w. zu erwarten haben, wenn sie besonders scharf gegen die Ultramontanen vorgehen. Wenn die Justizpflege zu politischen und kirchlichen Tendenzen gebraucht und mißbraucht wird, so ist es mit jeder wahren Freiheit vorbei.

Abg. Petri: Der Abg. Schröder hat mir und meinem Freunde Windthorst (Bielefeld) als Altkatholiken einen Einfluß in unserer Partei insinuirt, über den er jedenfalls keine Auskunft geben kann; ich will auch über diese Interna gar nicht sprechen. Wenn er unserer Partei den Vorwurf gemacht, sie sei eine confessionelle, so hat er vergessen, in welcher Art und Weise gerade von seiner Partei alle Fragen behandelt werden. Ist denn irgend ein bedeutender Theil vom Centrum überhaupt im Hause vorhanden, wenn es sich um Fragen handelt, die nicht einen Geschmack vom Culturkampf haben? Wie behandeln Sie denn die ganze Etatsberathung? Sie geben uns ja gleich heute ein lebhaftes Bild von dem, was wir zu erwarten haben. Es fällt mir dieses fortwährende Buhlen um den Anschluß an unsere Partei auf. (Heiterkeit.) Warum thun Sie das? Sie wollen sich vor dem Lande den Anschein geben, als seien Sie in der That die Vertreter der liberalen Ideen. Ich will Sie nur erinnern an das Wort Louis Veuillot's: Sind wir in der Minorität, dann fordern wir die Freiheit, sind wir in der Majorität, dann verweigern wir sie Ihnen nach unseren religiösen Anschauungen. (Beifall links.)

Abg. Schröder (Lippstadt): Der Abg. Lasker hat eine ganze Summe sittlicher Entrüstung gegen mich geschleudert, aber den Hauptsatz, den ich ausgesprochen habe, unrichtig vorgetragen, um seine Entrüstung zu motiviren. Ich habe nicht gesagt, es sei für den Staat gleichgiltig, ob seine Gesetze ausgeführt würden. Das wäre ein Nonsens, und Nonsens zu sprechen habe ich hier wenigstens nicht in stärkerem Maße geleistet, als jeder Andere. (Große Heiterkeit.) Der Abg. Lasker brauchte aber seine sittliche Entrüstung, denn er wollte von den unterschlagenen Briefen nicht sprechen, also mußte er doch etwas Anderes sagen.

Abg. Hänel: Das Lachen von unserer Seite erscholl erst, als der Abg. Schröder zu einem durch nichts provocirten und gerechtfertigten Angriff gegen die Fortschrittspartei überging. Glaubt er denn, daß die beiden altkatholischen Mitglieder derselben einen Einfluß haben auf die Justizverwaltung und die Staatsanwälte. Wenn er unsere Partei für eine schwache und gedrückte hält, warum einer solchen Partei dann noch einen Fußtritt geben, wenn er sie aber für eine mächtige hält, warum sie dann ohne Noth reizen. Wir haben in den Kirchengesetzen Punkt für Punkt unseren Standpunkt eingenommen, wir werden also niemals den gesetzlichen Boden untergraben, den wir selbst geschaffen haben. Wir wollen aber den Culturkampf nicht in leidenschaftlicher Erregung führen. Wenn irgend welche begründete Beschwerden vorgebracht werden, steht den Herren vom Centrum unsere volle Aufmerksamkeit zur Seite; aber die Art und Weise, wie der Abg. Schröder seine Beschwerden vorbrachte, flößt uns das tiefste Mißtrauen ein. (Sehr richtig! links.) Seine Leidenschaftlichkeit scheint mir bewiesen zu haben, daß er nicht mehr befähigt ist, einen solchen Fall objectiv vorzutragen. Durch eine Behandlung des Falles in Lachen erregenden Wendungen werden wir nur verwirrt. Wir verlangen die Beobachtung der Gesetze von Seiten jedes Unterthans, aber auch von Seiten jedes Beamten, heiße er Minister oder Staatsanwaltgehilfe. (Beifall links.)

Abg. Drescher: Wenn sich die Herren vom Centrum ihre Theorie von der Geltung der Gesetze näher ansehen, so werden sie sich nicht wundern, weshalb die Thätigkeit der Staatsanwälte sich vorzüglich gegen sie wendet. Hier werden die Theorien ausgesprochen, außerhalb des Hauses wird die Praxis geübt. Sie predigen Verrath an der öffentlichen Ordnung. (Bewegung im Centrum.)

Präsident von Bennigsen bemerkt dem Redner, daß der zuletzt gebrauchte Ausdruck nicht parlamentarisch sei.

Abg. Drescher: Ich nenne es Verrath, wenn Sie die Behauptung aufstellen, daß die bestehenden Gesetze gleichgiltig seien; denn solche Behauptungen untergraben jede staatliche Ordnung. Nun muß ich noch einige Worte in meiner Eigenschaft als Altkatholik an Sie richten. (Aha! im Centrum.) Sie haben dem Altkatholizismus Fortgang gewünscht; ich theile den Wunsch und fasse den Fortgang als Wachsthum auf; Ihnen (im Centrum) wünsche ich auch Fortgang, aber „Fortgang" identisch mit Verschwinden. (Große Heiterkeit! Rufe: Kalauer!)

Abg. Schröder (Lippstadt): Da haben Sie eine Probe von den staatsanwaltlichen Reden, wie sie vor den Strafdeputationen gehalten werden; das nennt man dann Feststellung des Thatbestandes. Der Abg. Hänel hat die Dinge viel zu erregt aufgefaßt; wenn ich auf die beiden Herren Altkatholiken seiner Fraction Bezug genommen habe, so that ich dies nur, weil sie in Cultussachen die Hauptredner sind, und hauptsächlich unter dem Eindruck der gestrigen Debatte. Ich habe das Verschwinden der Fortschrittspartei bei den Wahlen lebhaft bedauert, und auch nur dem Gedanken Ausdruck geben wollen, daß jede Partei sich davor hüten sollte, confessionelle

Sympathien und Antipathien maßgebend sein zu lassen. Bei uns ist das nicht mehr der Fall. (Heiterkeit.) Uns ist jede Confession gleich, denn alle sollen im Staate eine gleiche Stellung einnehmen. Ich wünsche, daß auch die Fortschrittspartei diesen Grundsatz, der auf der Trennung von Kirche und Staat beruht, dauernd festhalte.

Abg. Haucke: Es ist am 9. Februar des vorigen Jahres ein Antrag des Abg. Werner mit großer Majorität angenommen worden, welcher an die Regierung das Ersuchen richtete, eine Regelung der Strafvollstreckung in der Weise eintreten zu lassen, daß dieselbe einheitlich dem Ressort des Justizministeriums unterstellt würde. Ich brauche nicht die Gründe noch einmal anzuführen und richte nur an die Regierung die Frage, was bisher in dieser Angelegenheit geschehen ist.

Justizminister Dr. Leonhardt: Die definitive Entscheidung der Frage ist vorläufig noch vorbehalten; sie hängt wesentlich mit der Ausführung der Justizgesetze durch das Reich zusammen, und ich glaube deshalb nicht, daß der jetzige Zeitpunkt für die Ausführung geeignet ist.

Abg. Windthorst (Meppen): Diese Frage ist von der höchsten Wichtigkeit, und ein ähnlicher Antrag ist schon vor 10 Jahren von mir gestellt worden. Nun gebe ich zu, daß die Angelegenheit eng mit der Reichsgesetzgebung zusammenhängt, aber es liegt kein Grund vor, auf der Basis der bestehenden Gesetze die Vereinigung der Strafvollstreckung in eine Hand nicht schon jetzt vorzunehmen; im Gegentheil bin ich der Meinung, daß, wenn dies jetzt geschieht, ein guter Einfluß auf die Reichsgesetzgebung geübt werden kann.

Justizminister Dr. Leonhardt: Wenn Sie näher auf die Sache eingehen wollen, so bitte ich Sie, das beim Ministerium des Innern zu thun, weil mein College ja sehr bei dieser Frage mitbetheiligt ist.

Abg. Windthorst (Meppen): Diesem Wunsche müssen wir um so mehr entsprechen, als ich hierin eine leise Andeutung finde, wo der Stein des Anstoßes liegt (Heiterkeit).

Abg. Röckerath beantragt, die für diesen Etat angesetzte Erhöhung des Gehalts des Unterstaatssecretärs mit 5000 Mark zu streichen. Wenn man mit einer Gehaltserhöhung vorgehen wolle, so möge man mit den untersten Beamtenklassen, bei denen ein viel größeres Bedürfniß vorliege, beginnen, nicht aber bei denen, die die höchste Stufe der Beamtenhierarchie erstiegen haben. Wenn eine allgemeine Aufbesserung stattfinde, sei er nicht abgeneigt, sie auch für den Unterstaatssecretär eintreten zu lassen, vorläufig müsse er sich jedoch ablehnend verhalten.

Abg. Rickert beantragt, diese Position nebst den correspondirenden aus den übrigen Ministerien an die Budgetcommission zu verweisen, damit dieselben eine einheitliche Behandlung erfahren. Der Antrag Rickert wird angenommen, ebenso Cap, 72 und ohne jede Discussion Cap. 73—74.

Beim Cap. 75, „Gerichte zweiter Instanz", beschwert sich Abg. Franz über eine Verfügung des Appellationsgerichts-Präsidenten zu Ratibor, worin dieser die Dispensation der katholischen Bureaubeamten vom Dienst an katholischen Feiertagen von der Genehmigung des Kreisgerichtsdirectors abhängig macht, während doch das Bureaureglement von 1841 ausdrücklich vorschreibe, daß den katholischen Beamten an allen katholischen Feiertagen ohne Weiteres Dispens zustehe. Jene Verfügung sei von vielen Seiten sehr scharf genommen und gemißbraucht worden, und er richte an den Justizminister die Bitte, Remedur eintreten zu lassen. Jener Gerichtschef sei auch noch in anderer Weise ungesetzlich verfahren, indem er die Remunerationen von der politischen Gesinnung und der Abstimmung bei der Wahl abhängig mache.

Justizminister Dr. Leonhardt: Ich werde dem Wunsche des Vorredners nach Remedur in Bezug auf den ersten Theil gern willfahren, aber den Vorwurf, daß jener Chef die Vertheilung der Remunerationen von äußeren Dingen abhängig mache, muß ich so lange zurückweisen, so lange der Vorwurf nicht substantiirt ist.

Beim Cap. 79: „Gerichte erster Instanz" beklagt sich der Abg. Freiherr v. Fürth darüber, daß die Castellane der rheinischen Gerichte erster Instanz zu schlecht besoldet seien, im Verhältniß zu andern, indem das älteste Drittel nur 400 Thlr., das zweite 340 und das jüngste Drittel sogar nur 280 Thlr. erhielte. Mit dieser Summe könne kein Mensch bei dem theuren Leben am Rhein auskommen.

Regierungs-Commissar, Geheimrath Rindfleisch erklärt, daß bei der Justizorganisation diesem Uebelstande abgeholfen werden würde und daß die Verwaltung vorher principiell keine neuen Gehaltsverbesserungen eintreten lassen wolle.

Abg. Magdzinski empfiehlt eine Erhöhung der Gehälter für die Dolmetscher; dieselben hätten, nachdem die deutsche Gerichtssprache im ganzen Lande eingeführt worden, eine viel höhere Bedeutung wie früher gewonnen, und es hänge von ihrer ausreichenden Qualification oft sehr Bedeutendes ab. Es sei vorgekommen, daß Angeklagte wegen Meineid verurtheilt worden, weil die Uebertragung unrichtig stattgefunden habe. Es müssen deshalb Qualificationsexamina eingerichtet, vor Allem aber den Eingeborenen der betreffenden fremden Landestheile der Vorzug gegeben werden, weil kein Fremder im Stande sei, vollkommen in den Geist der betreffenden Sprache einzudringen.

Reg.-Commissar Geh. Rath Rindfleisch erklärt, daß unmittelbar nach Erlaß des Sprachengesetzes sofort eine Enquete eingesetzt sei, um eine Regulirung der Sache herbeizuführen.

Titel 15 desselben Capitels setzt zu besonderen Remunerationen an: für die Kassen-Curatoren bei den Stadtgerichten 3750 Mark, und für diejenigen Richter des Stadtgerichts in Berlin, welche, monatlich wechselnd, die Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit an der Gerichtsstelle besorgen, 1800 Mark.

Abg. Wachler (Breslau) bittet, diese Positionen zu streichen, weil die Remunerationen das Ansehen der Richter zu schädigen geeignet seien, außerdem aber dieser Ausnahmezustand bei keinem anderen Gericht bestehe, trotzdem daß dort dieselben Arbeiten geleistet werden müßten.

Justizminister Dr. Leonhardt beruft sich auf das alte Herkommen, indem er zugleich auf die theueren Lebensverhältnisse Berlins hinweist.

Abg. Schröder (Königsberg) betont, daß es sich hier um eine Entschädigung für besondere Dienstleistung handle. Es bestehe beim Stadtgericht in allen Stellen eine große Geschäftsüberlastung und so besonders für die in Rede stehenden Stellen. Man möge sich deshalb nicht an das Wort Remuneration stoßen und die schon lange Jahre bestehende Entschädigung auch ferner bewilligen, besonders da es sich hier nur noch um ein Provisorium von zwei Jahren handle.

Reg.-Commissar Geh. Rath Rindfleisch bestätigt die Ausführungen des Vorredners, indem er hervorhebt, daß das Berliner Stadtgericht ein Siebentel sämmtlicher Gerichtskosten aufbringe, aus welcher Thatsache man wohl das Maß der Arbeit beurtheilen könne.

Nachdem der Abg. Köhler (Göttingen) sich ebenfalls gegen den Antrag Wachler ausgesprochen, wird derselbe abgelehnt und Cap. 79 genehmigt.

Tit. 17 bestimmt für persönliche Zulagen für richterliche Beamte deutscher Abkunft, welche der polnischen Sprache mündlich und schriftlich mächtig sind, für die Dauer ihrer Anstellung in der Provinz Posen 9000 Mark.

Abg. Magdzinski bezweifelt, daß dieser Fonds seiner gesetzlichen Bestimmung gemäß verwandt werde, namentlich daß alle Richter in der Provinz Posen, welche diese Remuneration beziehen, die gesetzlich erforderte Qualität besitzen, mit den Parteien ohne Dolmetscher verhandeln zu können.

Die Position wird genehmigt.

Bei Tit. 23 (zu außerordentlichen Remunerationen und Unterstützungen für Subaltern- und Unterbeamte 375,820 M.) wünscht Abg. Plath eine größere Specialisirung des Etats, namentlich in Betreff der Remunerationen für die Rendanten der Justizhauptkassen.

Regierungscommissar Geh. Rath Rindfleisch spricht sich gegen eine solche umständliche Specialisirung aus. Die Rendanten der Justizhauptkassen beziehen Remunerationen von 450 bis 600 Mark, die ihnen nicht entzogen werden können.

Abg. Magdzinski erklärt sich überhaupt gegen das geheime Remunerationswesen; bei Krankheitsfällen müsse der Staat gesetzlich verpflichtet werden, die Beamten zu unterstützen.

Geh. Rath Rindfleisch weist den Vorwurf des Geheimnisses in Rücksicht auf die bestehende Controle zurück. Diese Fonds würden größtentheils zu Unterstützungszwecken verwandt.

Die Position wird genehmigt.

• Hierauf vertagt sich das Haus um 4 Uhr bis Freitag 12 Uhr. (Umzugskosten der Staatsbeamten, Fortsetzung der Etatsberathung.)

Berlin, 25. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Obersten a. D. Peters, bisher Abtheilungs-Chef im Ingenieur-Comite, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife und Schwertern am Ringe; dem Obersten z. D. von Horn, bisher von der Armee, und dem Baurath Linke zu Ratibor den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Commercien-Rath Albert Liers zu Kottbus den Königl. Kronen-Orden vierter Klasse; sowie dem Wundarzt zweiter Klasse Johann Benjamin Geißler zu Schönewalde im Kreise Schweidnitz das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Dem Kaufmann August Franz Friedrich von Heymann ist Namens des Deutschen Reiches das Exequatur als schweizerischer Consul mit dem Sitz in Bremen ertheilt worden.

Berlin, 25. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfing heute den Lieutenant der Reserve des Magdeburgischen Husaren-Regiments Nr. 10, von Alvensleben auf Wittenmoor, welcher die Ehre hatte, die Orden des verstorbenen General-Majors a. D. v. Schlichten zurückzureichen.

Zum Vortrage waren der Kriegs-Minister, General der Infanterie von Kameke, and der Chef des Militär-Cabinets, General-Adjutand von Albedyll, befohlen.

[Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin] empfingen im Laufe des gestrigen Vormittags die Besuche Sr. Königlichen Hoheit des Großherzogs von Sachsen und Sr. Königlichen Hoheit des Erbgroßherzogs von Mecklenburg-Schwerin. Mittags 1 Uhr stattete Se. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen August von Würtemberg einen Gratulatio sbesuch zu Höchstdessen Geburtstage ab und empfing um 1½ Uhr Nachmittags den Königlich baierischen General der Infanterie und General-Adjutanten Freiherrn von der Tann, sowie gegen 3 Uhr den Kaiserlichen Botschafter in Wien, Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode. Um 3¼ Uhr stattete Se. Kaiserliche Hoheit der Großfürst Wladimir von Rußland den Kronprinzlichen Herrschaften einen Besuch ab. Um 4½ Uhr wurden Herr und Frau von Schmidthals von Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Kronprinzessin empfangen. Zum Diner folgten Ihre Kaiserlichen Hoheiten Nachmittags 5 Uhr einer Einladung Ihrer Majestäten und erhielten nach demselben den Besuch Ihrer Königlichen Hoheit der Landgräfin von Hessen.

Abends 10½ Uhr begab Sich Se. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz zur Verabschiedung Sr. Kaiserlichen Hoheit des Großfürsten Wladimir nach dem Ostbahnhofe. (Reichsanz.)

Gewinn-Liste der 2. Klasse 155. Königl. Preuß. Klassen-Lotterie.
Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Friedrichstr. 168,
ohne Gewähr.
(Nur die Gewinne über 90 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Bei der heute beendeten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

7 44 134 246 633 786 958 1131 98 335 606 805 2019 53 (180) 84 98 160 419 548 611 (150) 58 899 954 75 (120) 3013 63 243 367 94 409 77 542 762 (180) 77 814 73 904 4048 163 (150) 600 39 830 960 (120) 5057 102 65 256 82 559 71 788 898 6009 19 270 73 78 373 516 30 695 734 865 (120) 913 7479 504 658 62 826 (240) 51 (120) 8044 (150) 169 226 84 (120) 388 625 45 897 953 (120) 9027 76 122 207 305 41 417 527 698 840 55.

10,074 165 98 332 511 59 647 (120) 749 11,071 80 340 483 695 825 913 12,366 78 419 55 576 600 84 707 29 835 13,123 (120) 322 402 32 66 (150) 533 45 602 17 65 755 979 99 14,140 (150) 81 245 389 799 882 937 15,051 157 59 233 334 73 84 490 576 639 851 16,006 44 112 81 379 88 418 634 714 806 46 72 919 23 (120) 49 58 17,181 (120) 95 232 40 60 66 329 48 86 463 538 618 28 (180) 945 82 18,263 76 341 564 640 850 71 93 901 19,059 62 109 93 248 358 657 725 (150) 811 941.

20,005 31 121 25 67 505 36 (120) 829 912 62 83 21,080 111 80 90 225 333 66 85 525 77 639 794 973 22,077 161 292 (150) 309 12 22 89 429 655 63 81 758 (120) 23,044 358 425 75 933 43 64 24,257 367 517 66 749 (150) 25,020 23 110 51 261 405 589 (120) 653 726 912 91 (120) 26,116 37 225 59 379 543 751 67 874 901 (240) 27,138 62 225 60 361 405 76 97 688 877 (120) 910 (120) 15 82 96 28,029 105 45 201 47 313 55 431 49 84 91 733 831 47 911 59 29,056 (120) 199 219 32 305 401 15 580 695 800 (120) 11 953.

30,046 194 233 64 85 567 633 81 770 818 42 94 31,173 79 241 321 411 18 (120) 42 96 518 650 720 32,093 157 218 (120) 24 707 809 960 33,256 97 427 75 535 87 34,338 765 35,028 119 200 306 513 (120) 53 735 816 44 36,173 293 309 37 42 91 624 42 720 842 (120) 977 (240) 37,014 328 433 532 41 80 643 838 954 67 38,221 69 385 569 709 802 14 (120) 23 966 76 39,218 414 71 530 43 632 962 65 99.

40,057 64 285 (180) 643 914 41073 76 176 (30000) 95 207 12 18 484 89 521 94 600 714 849 51 962 42232 78 549 (150) 654 (120 714 (120) 836 917 46 43074 108 302 82 475 504 631 818 44000 36 135 319 521 32 727 31 50 85. 977 81 45012 155 201 525 61 604 716 28 835 64 69 916 22 46576 (600) 603 759 47051 57 (120) 85 162 206 (120) 575 606 42 717 33 88 977 48066 363 88 496 553 90 749 49530 666 78 87 786 946.

50,127 213 314 653 788 (180) 854 980 51331 477 732 73 884 52022 93 100 89 99 328 467 (120) 611 53049 92 (150) 187 273 433 38 52 716 824 36 54029 144 239 66 389 482 580 633 712 94 (120) 848 93 95 903 4 (150) 59 55069 118 22 37 313 37 45 54 64 424 69 589 96 648 713 20 75 825 (150) 63 930 56074 83 136 65 359 592 612 (120) 42 732 974 57000 634 835 55 84 (120) 948 58156 61 367 436 95 (150) 643 726 33 50 59091 182 324. 25 477 505 622 733 41 819 81 (120) 904 65 93.

60,010 110 58 99 334 44 64 75 454 80 90 561 81 653 (180) 750 92 93 908 61,048 88 400 597 641 820 933 67 62,019 135 49 88 384 432 98 507 772 841 56 907 65 63,037 48 90 197 309 16 20 512 24 47 795 (150) 828 64,071 95 109 51 57 585 622 778 830 (150) 905 65,042 135 (150) 46 47 (120) 206 31 76 361 418 61 70 94 618 93 707 28 32 76 85 843 74 78 66,304 18 (120) 465 91 580 86 763 67,277 319 404 605 14 68,097 141 69 292 345 454 (240) 647 781 974 69,008 91 (120) 103 90 345 47 463 537 635 78 706 10 68 809 45 94 920 (120) 24 43.

70,009 49 138 43 216 356 454 511 614 84 701 36 38 818 (120) 29 99 980 71,014 80 95 139 240 88 366 434 (120) 602 66 86 974 72,026 (180) 87 91 342 59 80 479 536 (120) 698 718 851 71 904 73,175 173 445 96 528 37 601 3 834 932 97 74,017 96 100 (120) 80 219 89 (150) 315 57 427 (180) 561 63 619 954 75,149 235 (120) 90 (240) 493 821 76,044 95 137 (120) 273 96 338 56 92 687 98 734 (120) 40 57 (120) 923 86 (120) 99 77,013 14 (6000) 111 278 92 463 596 789 (120) 822 67 78,063 176 361 91 421 84 625 30 700 79,050 338 466 523 42 57 674 752 71 869 966.

80,231 88 422 550 86 (150) 697 732 73 85 (120) 993 81,180 84 206 50 301 4 31 415 70 624 36 41 (150) 866 82,074 170 91 207 18 23 472 81 578 610 78 759 66 842 956 83,276 378 (120) 415 580 84 (120) 658 772 (180) 93 84,004 (120) 172 267 81 85 320 617 85 804 953 63 64 (240) 99 85,033 47 96 249 60 62 (120) 363 (120) 65 91 424 58 633 57 95 98 707 884 961 (120) 86,006 40 224 83 345 98 453 60 81 547 97 633 56 807 23 76 94 957 (150) 87,055 359 437 38 654 (300) 716 32 88,099 447 584 644 82 801 991 (120) 89,192 294 96 370 411 (120) 90 (150) 694 953 94.

90,006 (150) 11 196 242 48 (120) 86 315 67 87 461 (150) 73 586 649 92 744 840 91,074 212 60 373 485 834 92,033 155 231 (150) 67 (120) 94 354 69 641 774 930 93,115 (120) 51 55 200 370 79 86 (150) 462 507 664 971 94,009 103 43 (600) 520 58 (120) 66 720 (120) 84 871 937.

= **Berlin**, 25. Jan. [Bundesrath. — Auflösung des Leihamts. — Steueretat.] Der Bundesrath hielt heute Nachmittag 2 Uhr eine Plenarsitzung im Reichskanzleramt unter Vorsitz des Präsidenten Staatsminister Hofmann. Nach Feststellung des Protokolls der letzten Sitzung folgten Mittheilungen über die Ernennung von Bundesrathsbevollmächtigten und über die Zuertheilung der eingegangenen Vorlagen an die Ausschüsse. Von der Vorlage, betr. den Bericht über die bisherige Thätigkeit der Commission zur Ausarbeitung des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuches, sowie von der Nachweisung über die den einzelnen Bundesstaaten überwiesenen Beträge an Reichsmünzen wurde Kenntniß genommen. Fernere Mittheilungen betrafen die Pensionsverhältnisse eines Postbeamten und eines Lehrers in Elsaß-Lothringen, sowie die Aenderung des Schemas für die Quittungsbücher der Militärpensionäre. Ein Antrag, betr. die Wiedervorlegung eines Gesetzentwurfes über die Untersuchung von Seeunfällen wurde den zustehenden Ausschüssen überwiesen. Sodann wurde beschlossen, den vom Reichstage angenommenen Gesetzentwurf wegen Abänderung des § 32 der Verfassung (Gewährung von Diäten) in Consequenz der früheren Beschlüsse abzulehnen. Den Schluß machte die Vorlage von Eingaben. — Bekanntlich hieß es, daß die Staatsregierung mit Auflösung des königl. Leihamtes umgehe. Auf eine bez. Anfrage der Etatsgruppe, welche sich mit der Seehandlungs-Verwaltung, von welcher das königl. Leihamt ressortirt, ist jetzt die Antwort ertheilt worden, daß die Regierung über die Frage der Auflösung des Leihamtes noch nicht schlüssig sei. Es haben dabei verschiedene Ressorts mitzuwirken, die Seehandlung aber wollte um so weniger eine beschleunigtere Beschlußnahme anregen, als sie sich die Schwierigkeiten vergegenwärtigen mußte, welche Angesichts der traurigen wirthschaftlichen Verhältnisse durch Kündigung zahlreicher von der unbemittelten Klasse bei dem Leihamt contrahirter Darlehne entstehen müßten. Außerdem seien die früheren finanziellen Bedenken noch nicht geschwunden. Die Zahl der Darlehnssucher sei ungeachtet der Erhöhung des Zinsfußes von 10 auf 12 Procent in stetiger Zunahme. Das Jahr 1876 schließt mit einem ausstehenden Pfandcapital von 3,013,000 Mark, ½ Million Mark mehr als das Vorjahr und gewährt die Voraussicht einer wiederholten wesentlichen Steigerung des vorjährigen Ueberschusses. Unter diesen Umständen sei nicht anzunehmen, daß die Aufhebung des Leihamtes bereits in der näheren Zukunft zu erwarten sei. — Regierungsseitig ist bei den Vorberathungen des Etats über die directen Steuern die thunlichste Vereinfachung der Erhebung der Klassen- und klassificirten Einkommensteuer zugesagt worden; dagegen ist die Regierung nicht geneigt, auf eine Beseitigung der fiscalischen Brückenzölle einzugehen. Die früher beabsichtigte Beantragung, einen Theil der Gebäudesteuer auf die Communen zu übertragen, ist für die nächste Session verspart worden, weil im nächsten Jahre erst die Vorbereitung zu der anderweiten Veranlagung bezw. Erhöhung der Gebäudesteuer beginnen soll, welche mit dem Jahr 1880 einzutreten haben wird.

[Vor der VII. Criminal-Deputation des hiesigen Stadt-Gerichts] wurde am Dinstag in einer Untersuchungssache wegen Vergehens gegen das preußische Vereinsgesetz verhandelt. Die Angeklagten waren Mitglieder des aufgelösten „Berliner Wahlvereins" und der von demselben Schicksal betroffenen „Socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands". Von den neun Angeklagten waren nur Schriftsetzer Heinsch, Maurer Grottkau, Secretär Rackow und Schriftsetzer Greiffenberg erschienen. Bäthke aus Breslau, der Gegencandidat Dr. Laskers in genannter Stadt, hatte verschmäht, zu erscheinen, oder auch nur sich zu entschuldigen. Die übrigen vier, Hamburger Bürger, hatten gegen die Competenz des Gerichtshofes protestirt. Der Gerichtshof beschloß, gegen die Abwesenden in contumaciam zu verhandeln. Heute findet die Fortsetzung der Untersuchungssache statt.

[Ausprägungen.] Nach einer dem Bundesrath vorliegenden Uebersicht sind bis Ende 1876 den einzelnen Bundesstaaten überwiesen worden: in Silbermünzen: 6,141,795 M. 5 M.-Stücke, 47,094,952 M. 2 M.-Stücke, 135,484,205 M. 1 M.-Stücke, 36,386,442 M. 50 Pf.-Stücke und 28,763,348 Mark 20 Pf.-Stücke; in Nickelmünzen: 17,088,048,80 M. 10 Pf.-Stücke und 9,463,813,40 M. 5 Pf.-Stücke; in Kupfermünzen: 4,687,813,74 M. 2 Pf.-Stücke und 2,676,654,94 M. 1 Pf.-Stücke; im Ganzen: 347,787,073,68 M., wovon auf Preußen 161,570,941,82 M. fallen.

Posen, 24. Jan. [Dr. Kantecki], der Chefredacteur des „Kuryer Poznanski", der jetzt seit Monaten im Gefängniß sitzt, weil er sich weigert, eine Zeugenaussage darüber zu machen, von wem er das berufene, von allen Parteien im Reichstage verurtheilte Rescript der Ober-Post-Direction in Bromberg in Sachen der muthmaßlichen Briefe Ledochowskis erhalten habe, hat neuerdings wieder an das hiesige Kreisgericht eine Eingabe gerichtet, welche der „Kuryer" in polnischer Sprache mittheilt. In der Rückübersetzung lautet dieses Schriftstück, wie folgt:

Das königliche Kreisgericht hat mir in seiner Verfügung vom 5. d. M. erklärt, daß es mich so lange im Gefängniß zu halten gedenke, als ich kein Zeugniß ablege. Da ich, wie ich schon öfter gesagt habe, dies Zeugniß niemals ablegen werde, so würde der in dieser Sache gegen mich gerichtete Zwang sich in lebenslängliches Gefängniß verwandeln. Obgleich § 312 der Criminal-Ordnung nicht bestimmt, wie lange die Strafe für die Zeugniß-Verweigerung dauern soll, so kann man nach meiner Ansicht dennoch annehmen, daß diese Strafe gesetzlich normirt worden ist, da, wie ich mich erinnere, in früheren Fällen dieser Art die preußischen Gerichte eine bestimmte näher bezeichnete Strafe den widerstrebenden Zeugen festsetzten und sie nach Verbüßung dieser Strafe in Freiheit setzten. Ich erlaube mir daher die ergebenste Bitte, das königliche Kreisgericht möge mich benachrichtigen, wie lange es mich gefangen zu halten beabsichtigt, da, wie oben gesagt, ich ein Zeugniß nicht ablegen kann und nicht ablegen werde.

Das königliche Kreisgericht hat hierauf folgenden Bescheid ertheilt, den die „Pos. Z." nach dem „Kuryer" übersetzt:

Auf Ihre Eingabe vom 19. d. M. erwidern wir, wie folgt: Wie Ihnen bereits aus der Verfügung vom 5. d. M. bekannt ist, handelt das hiesige Gericht nur im Auftrage des Kaiserlichen Oberpost-Directors zu Bromberg und kann auch nicht im Allgemeinen über die Frage entscheiden, ob zur Erzwingung des Zeugnisses es nöthig war, Sie gefangen zu nehmen, noch auch darüber, wie lange die durch § 312 der Criminalordnung nicht vorgezeichnete Gefängnißstrafe dauern soll. Mit Ihren Anträgen und Anfragen haben Sie sich an den Oberpostdirector in Bromberg zu wenden.
gez. Groß.

Wir brauchen diesen Schriftstücken nichts hinzuzufügen: sie sprechen für sich selbst.

Straßburg, 24. Jan. [Als Nachspiel zu den letzten Reichstagswahlen] ist die in diesen Tagen auf den Antrag der Justizbehörde vom Reichskanzler verfügte Entlassung des Gerichtsvollziehers Linder zu Ober-Ehnheim zu verzeichnen, welcher als ultramontaner Gegencandidat des gewählten Autonomisten Dr. Rack die ansehnliche Zahl von 7768 Stimmen im Wahlbezirk Molsheim-Erstein auf sich vereinigt hat. Als Beamter der deutschen Regierung hatte dieser Reichstag-Candidat sich nicht entblödet, in seinem gedruckten Wahlprogramm unter Belobung des Verhaltens der bisherigen Abgeordneten als von ihm zu erstrebende Ziele unter anderen auch die Wiedergewinnung der bürgerlichen und politischen Freiheiten und des religiösen Friedens des Landes und die Befreiung desselben von der bestehenden „Willkürherrschaft" hinzustellen. Die dem Herrn Linder von Berlin aus darauf ertheilte Antwort zeigt, daß auch die deutsche Langmuth ihre Grenze hat. Die Amtsentlassung wird sich vermuthlich auf das Gesetz vom 14. Juli 1871, betreffend Abänderung der Gerichtsverfassung, stützen, welches im § 18 den Reichskanzler ermächtigt, die verkäuflichen Stellen im Justizdienste den derzeitigen Inhabern — gegen deren Entschädigung — zu entziehen.

Straßburg, 24. Jan. [Kaiserlicher Besuch.] Im Anschluß an früher bereits gerüchtweise mitgetheilte Nachrichten verlautet jetzt bestimmt, daß der Kaiser dem Reichslande für das Jahr 1877 einen Besuch zugedacht hat. Der Kaiser hat die bezüglichen Aeußerungen dem General v. Fransecky gegenüber bei dessen letzter Anwesenheit in Berlin gethan. Es ist Ende Mai, Anfang Juni als der Zeitpunkt der kaiserlichen Reise in Aussicht genommen, welche Metz und Straßburg berühren soll. Auch der Kronprinz wird, wie man hört, die Reise mitmachen.

Oesterreich.

** **Wien**, 24. Jan. [Tisza und die Kossuth-Episode. — Zur Bankfrage.] Daß ich nicht übertrieben habe, indem ich den Eindruck, den die Wallfahrt der ehrsamen Czegleder nach Turin

bei Hofe hervorgerufen, ein wenig grau in grau schilderte, beweist so recht schlagend die Einleitung, mit der die „Presse“ die Abfertigung der Interpellation Mocsary's über das Einschreiten der Polizei mittheilt. „Ministerpräsident Tisza — so lautet das Avertissement des Wiener Blattes an die Adresse des ungarischen Premiers — hat endlich, wenngleich erst post festum — und nur in Worten, den Kossuth-Demonstrationen gegenüber jene Energie gefunden, die man bei jenem Anlasse an dem sonst so schneidigen Minister mit Befremden vermißt hatte.“ Das ist so charakteristisch, daß jeder Commentar die Wirkung nur abschwächen könnte. In der That haben die magyarischen Ovationen für die Türkei, welche das Cabinet unbesonnen oder schwach genug war, gewähren zu lassen, vieles in Ungarn anders und weit weniger günstig für Tisza gestaltet, als es vor zwei Jahren bei seinem Antsantritt für ihn lag. Damals kamen ihm die Croaten im Lanetage zu Agram wie im Pester Reichstage willig entgegen. Ja, noch im letzten Hochsommer bildeten sie, schon aus religiösen Motiven, als römische Katholiken einen vollkommenen Gegensatz gegen die orthodoxen Serben der Wojwodina. Heute schreibt der Agramer „Obzor“: „eher marschiren wir Croaten, Serben und Rumänen wieder gegen Ungarn, als mit der Türkei.“ Mag sein, daß auch diese niederschlagenden Erfahrungen Tisza in der Bankfrage einigermaßen milder gestimmt haben; liegt es doch auf der Hand, wie schnell ein auf die aura popularis angewiesener Staatsmann sich verbrauchen muß, der nun schon zu wiederholten Malen erst durch seine Nachgiebigkeit gegen das profanum vulgus Terrain bei Hofe, und dann durch bärbeißiges Einschreiten seinen Nimbus nach unten verliert! Nun fängt man auch in Pest an zu begreifen, daß man uns weder eine dualistische Bank, noch den Zwangscours ungarischer Noten octroyiren kann — kurz mit Errichtung einer bankerotten ungarischen Bank sich selber schädigen würde. Da ferner Andrassy lebhaft für ein Provisorium agitirt, damit ihm keine Ministerkrisis die orientalische Frage störe, da auch der ungarische Minister Szell sich nicht mit den Größen der Nationalbank verfeinden will, sintemalen in elf Monaten die Rückzahlungen für die fällig werdenden Schatzscheine der 153-Millionen-Anleihe in Gold beginnen: ist es höchst wahrscheinlich, daß Fürst Auersperg, Baron Lasser und Freiherr von Depretis bei ihrer gegenwärtigen Anwesenheit in Pest die Basis zu einer Annäherung in diesem Sinne legen werden. Ein Provisorium soll Ungarn zahlreichere und besserdotirte Filialen sichern, und dann mit allen Kräften die Wiederherstellung der Valuta hüben wie drüben in Angriff genommen werden. Ist dies Ziel erreicht, dann wird die Beseitigung des Monopols der Nationalbank durch Errichtung einer ungarischen Zettelbank auf Grund der Hartgeld-Circulation eine Wohlthat für alle Theile sein!

Frankreich.

⊙ **Paris**, 22. Jan. [Aus der Deputirtenkammer. — Rede de Marcère's. — Zur Wahl der Budgetcommission. — Personalien. — Zur orientalischen Krisis. — Trauermesse für Ludwig XVI. — Frankreich und Deutschland. — Verschiedenes.] Die Deputirtenkammer ist heute wieder zusammen getreten. Ihre Tagesordnung ist lang, aber nicht interessant; das eigentliche parlamentarische Treiben concentrirt sich jetzt auf die Berathungen der Commissionen und die Fractionssitzungen. Im linken Centrum übernahm heute der fast einstimmig zum Präsidenten gewählte de Marcère den Vorsitz mit einer Rede, welche großen Beifall fand. Das Bemerkenswertheste daran ist, daß der frühere Minister des Innern auf's Neue das vollkommene Einverständniß der drei republikanischen Gruppen betheuerte, welches Einverständniß seit einiger Zeit bekanntlich von der antirepublikanischen Presse stark in Zweifel gezogen wurde. In dem Bündniß der republikanischen Parteien, meinte de Marcère, falle dem linken Centrum speciell die Aufgabe zu, die noch zögernden Conservativen im Lande zu beruhigen und mit der Einsetzung der gegenwärtigen Staatsform zu versöhnen. Der Redner schloß mit der Erklärung, daß seine Partei dem Ministerium Jules Simon, dessen Führer sich für „durchaus republikanisch und durchaus conservativ“ erklärt habe, die aufrichtigste Unterstützung gewähren werde. Nach Anhörung dieser Rede berieth das linke Centrum über die Wahl der Budgetcommission, und der Vorstand wurde beauftragt, sich über die Auswahl der Candidaten mit den Vorständen der anderen republikanischen Gruppen zu verständigen. So fällt also auch die Behauptung der reactionären Presse, das linke Centrum sei von vornherein entschlossen, gegen die Candidaten der Gambetta-Partei zu stimmen. — Der Deputirte Alexis Lambert ist gestorben. Er vertrat in der Kammer den algerischen Bezirk Constantine und gehörte der Linken an. Der Senator General Changarnier ist vorgestern von einem Schlaganfall getroffen worden; es geht ihm jedoch heute besser. — Die letzten Nachrichten aus Konstantinopel haben hier wenig Sensation gemacht. Man war natürlich seit der bekannten Entscheidung des großen ottomanischen Staatsraths auf den Abbruch der diplomatischen Verhandlungen gefaßt, und man war ebenso überzeugt, daß die europäischen Vertreter sich höchstens mit einer platonischen Drohung von Konstantinopel verabschieden würden, daß aber der Ausbruch eines Krieges für jetzt nicht zu befürchten stehe. Diese Erwartungen sind durch Alles, was man von der Schlußsitzung der Conferenz erfährt, bestätigt worden. Die Börse hat denn auch eine starke Hausse in Scene gesetzt. Man vermuthet übrigens in den politischen und finanziellen Kreisen, daß die Türkei sich durch verständige Maßregeln der von Europa ihr bewiesenen Geduld würdig zu zeigen suchen werde. Was Rußland angeht, so heißt es, ein Manifest des Kaisers Alexander werde morgen oder übermorgen die Gründe darlegen, welche das Cabinet von St. Petersburg abhalten, für jetzt isolirt gegen die Türkei vorzugehen. — In der Bußkapelle der rue d'Anjou St. Honoré wurden heute die alljährlichen Trauermessen zum Andenken an die Hinrichtung Ludwig XVI. gelesen. Der Besuch war weniger stark als in den früheren Jahren. Während des Gottesdienstes wurde für die Herz-Jesu-Kirche gesammelt. — Aus Florenz wird geschrieben, daß die Kaiserin Eugenie und ihr Sohn, die sich gegenwärtig dort aufhalten, ein sehr zurückgezogenes Leben führen und daß Niemand sich um sie bekümmert. Der kaiserliche Prinz fühlt sich übrigens, wie es scheint, mehr und mehr der mütterlichen Aufsicht entwachsen. Er wird nach der Rückkehr nach England nicht mehr mit der Kaiserin in Chiselhurst wohnen, sondern eine eigene Residenz beziehen. — Gegenüber dem Tadel, welchen die Sprache der französischen Presse in Berlin gefunden hat, machen der „Temps“ und andere Blätter aufmerksam darauf, daß der französische Gesandte de Gontaut-Byron von dem deutschen Kaiser und der Kaiserin aufs Freundlichste empfangen worden, als er nach dem Tode der Prinzessin Carl eine Audienz gehabt habe. In Folge dieses Todesfalls hat die hiesige deutsche Botschaft eine sechswöchige Trauer angenommen. Die Empfangsabende, welche am nächsten Freitag beginnen sollten, sind bis Anfang März verschoben worden. Um diese Zeit wird Fürst Hohenlohe zwei große Bälle geben. — Zu dem morgigen Ball im Elysee sind nicht alle Senatoren und Deputirten eingeladen worden, sondern nur diejenigen, die sich in der Präsidentschaft hatten einschreiben lassen. Es scheint, daß diese Beschränkung einige Verstimmung hervorgerufen hat. — Im Jura-Departement ist eine Subscription zur Errichtung eines Denkmals für Rouget de l'Isle, den Verfasser der Marseillaise, eröffnet worden. Das Vaudeville-Theater bringt heute zum ersten Male V. Sardou's neue Comödie „Dora“ zur Aufführung.

Rußland.

≏ **St. Petersburg**, 21. Januar. [Die Chancen nach Beendigung der Conferenz.] Es wäre eine bedenkliche Sache, der weiteren Entscheidung in der orientalischen Verwickelung vorzugreifen, nachdem die Conferenz in Konstantinopel auseinander gegangen. Wir dürfen es als zur Genüge bekannt ansehen, daß Rußland einen Krieg nicht will, und ihn auch nicht provociren wird, so anlge andere Wege, die Dinge in humanem und zeitgemäßem Sinne zu entscheiden, noch offen oder möglich wären. Nur bleibt die Frage, inwiefern eine friedliche Regulirung der Verhältnisse überhaupt noch möglich wäre — und eine Antwort darauf ist schwer zu geben, wenn man nicht die Gabe besitzt, das Gras wachsen zu hören. — Nur darf nicht verschwiegen werden, wie die Orientalen den Ausgang der Conferenz unmöglich in einem andern als für ihre Eigenliebe höchst schmeichelhaften Sinne ansehen können. Die Einbildung, die europäische Welt würde fortfahren, sich von dem auserwählten rechtgläubigen Volke, den Osmanli, in den gerechtesten Erwartungen täuschen zu lassen, ist den Türken seit Jahrzehnten in Fleisch und Blut übergegangen. Darauf hin werden von den Staatsmännern, welche über die Machtstellung europäischer Völker sonst sich richtige Vorstellung machen könnten, die bekannten diplomatischen Evolutionen ausgeführt, nach denen seit 40 Jahren Reformen, Gleichberechtigung der Christen und Muselmänner und Aehnliches beständig versprochen und nie ausgeführt werden. Schon in dem Hattischerif von Gulhane ist Alles enthalten, was jetzt die türkische Constitution im besten Falle erst sichern soll, ja noch mehr ist das in dem Hat Humajun geschehen — und trotzdem blieb Alles beim Alten, und soll offenbar nach türkischer Absicht auch jetzt Alles beim Alten verbleiben. — „Gleichberechtigung aller Ottomanen“, das neue, von der Pforte ausgespielte Schlagwort, ist in der Anschauung jedes Muselmanns etwas durchaus Monströses, und damit etwas an sich Unausführbares. Wie es die in vielen Tausenden von Exemplaren verbreitete Schrift von Farley „Kreuz oder Halbmond“ bestätigt, steht der Koran und die „Multeka“ über dem Sultan und seinen etwaigen guten Absichten. Ein Christ hat dem gegenüber nicht einmal das Recht der Existenz; es ist nur eine Art Waffenstillstand, wenn der Christ überhaupt noch am Leben geduldet wird, und zwar unter der Bedingung der Tributzahlung und der unbedingtesten Unterwürfigkeit. Abgesehen von den bekannten Zeichen der Unterwürfigkeit, die die Christen zu bethätigen schuldig sind, ist es in manchen Bezirken Styl, daß der Steuer-Eintreiber die Christen, die die eingeforderten Beträge bringen, gleich an den Hals packt mit den Worten: „Zahle, verdammter Hund, zahle!“ Unter solchen Ansichten und Anschauungen ist es ganz unmöglich, daß ohne europäischen Druck Zustände sich anbahnen ließen, welche den Forderuugen des christlichen Europa gemäß sind. — Es wird den muselmännischen Kreisen den Ausgang vielmehr als Triumph ihrer Weisheit und des Schutzes ihres Propheten erscheinen, wenn Europa nicht eine stärkere Action erfolgen läßt. Die Grausamkeiten, welche man bei der Steuererhebung zu begehen pflegte, würden beim Unterbleiben eines ferneren Druckes von Europa nicht nur als berechtigt und selbstverständlich, sondern sogar als verdienstlich betrachtet betrachtet werden. Die Steuer-Eintreibung und die dabei geübten Erpressungen rufen dann die periodischen Erhebungen hervor, an denen die Geschichte der Balkanhalbinsel in diesem Jahrhundert so reich ist, und die dann jedes Mal Europa in größere oder geringere Unruhe versetzen. Die Conferenz war aber zusammengetreten, um den bestehenden Erpressungeu und Barbareien ein Ende zu machen, und damit Europa die periodische Wiederkehr der herzegowinischen und bulgarischen Gräuel zu ersparen. Im Jahre 1860 gelang es in Syrien eine gewisse Ordnung herzustellen, weil man auf die sogenannte „Unabhängigkeit“ der unter Europa's Vormundschaft gestellten Türkei nicht Rücksicht nahm und einig war. Es bleibt nun abzuwarten, wie Europa die Sachlage in der Türkei weiter behandelt. Wir Russen wissen dabei nur das im Voraus, daß beim Ausbleiben einer einheitlichen wirksamen Pression Europa's die Wiederkehr aller solcher Gräul, wie das Jahr 1875 uns erleben ließ, unvermeidlich ist: je eher Europa sich zu einem gemeinsamen Auftreten mit nachhaltiger Wirksamkeit einigt, desto eher wird eine Ordnung der Dinge hergestellt, die über kurz oder lang eintreten muß, und desto mehr Menschenleben werden erhalten, je früher man der osmanischen Barbarei einen haltbaren Riegel vorschiebt.

Provinzial-Zeitung.

+ **Breslau**, 26. Jan. [Kraker †.] Gestern Abend um 8½ Uhr verstarb nach nur achttägigem Krankenlager an Altersschwäche einer unserer geachtetsten Mitbürger, der königliche Geheime Commerzienrath Johann Ferdinand Kraker.

** **Breslau**, 26. Jan. [Stadttheater.] Am 24. Januar tagte die gemischte Commission, welche in Betreff der Angelegenheiten des Stadttheaters niedergesetzt ist. Sie beschloß, der Commune die Uebernahme des Stadttheaters mit allem Zubehör zu empfehlen und zwar für den Preis von 555,000 Mark. Auf Grund eines ministeriellen Schreibens, welches eine Unterstützung in Aussicht stellt, soll Magistrat das Oberpräsidium ersuchen, eine jährliche Beihilfe aus Staatsfonds bei dem betreffenden Ministerium zu bewirken. Endlich soll das Directorium des Theater-Actienvereins ersucht werden, baldmöglichst eine Generalversammlung zu berufen, damit diese ihrerseits in der Angelegenheit endgiltigen Beschluß fasse.

B. **Breslau**, 26. Jan. [Breslauer Creditverein, eingetragene Genossenschaft.] Die Generalversammlung dieses Vereins, über dessen Rechenschaftsbericht bereits in Nr. 39 d. Ztg. nähere Angaben gemacht sind, war sehr zahlreich besucht. Die Decharge wurde einstimmig ertheilt. Die Versammlung beschloß die Vertheilung einer Jahresdividende von 6 pCt., dieselbe gelangt also für die 10 Monate des abgelaufenen Geschäftsjahres mit 5 pCt. vom 1. Februar c. ab zur Auszahlung. Der Maximal-Zinsfuß betrug seit Bestehen des Vereins 10 pCt., nach dem nunmehr gefaßten Beschluß werden neue Vorschüsse mit 8 pCt. gegeben und nur die Prolongationen unterliegen vorläufig noch dem bisherigen Zinsfuß. Der Anschluß an den Genossenschafts-Verband, sowie den Unterverband wurde genehmigt. Nach verschiedenen Mittheilungen, von denen wir besonders erwähnen, daß der Verein auch von Nichtmitgliedern Spareinlagen von 3 M. aufwärts annimmt und dieselben mit 4—5 pCt. verzinst, wurde das Resultat der Vorstands- und Ausschußwahl verkündet. Der Vorstand, bestehend aus den Herren Getreidehändler Kärger, Director, Particulier Hübscher (Ursulinerstraße 17), Kassirer, Buchbindermeister Huhn, Buchhalter, und Particulier Hartmann, Stellvertreter des Vorstandes, ist einstimmig wiedergewählt. Von den 15 Ausschußmitgliedern hatten drei die Wiederwahl abgelehnt. An ihrer Stelle wurden gewählt: Glasermeister Albrecht, Schneidermeister Kasch und Schuhmachermeister Salzbrunn; die fast einstimmig wiedergewählten 12 Ausschußmitglieder sind folgende: Bender, Buchhalter; Bude, Fay, Flöter, V. Gregor, Kinzel und Rühring, sämmtlich Schneidermeister; Hübenett, Leistenschneider; Peter, Holzhändler; Schröder, Schuhmachermeister; Schier, Messerschmied und Sowade, Färbermeister.

---

8 **Breslau**, 25. Jan. [Schwurgericht. — Urkundenfälschung. — Widerstand gegen die Staatsgewalt.] 4 Sgr. sind das Object, wegen dessen der Arbeiter Jacob Schikora aus Wioske vor den Geschworenen erscheinen muß. Am 1. Osterfeiertage v. J. hatte der Angeklagte bedeutenden Appetit auf Schweinefleisch. Er schickte seinen alten Vater mit einem, den Namen „August Ringeltaube“ tragenden Zettel zu dem in seinem Heimathsdorfe wohnenden Fleischer, und erhielt der Vater dem Verlangen des Zettels gemäß 1 Pfund Schweinefleisch. Es hat sich herausgestellt, daß der Angeklagte den Zettel selbst geschrieben, ohne von seinem Collegen Ringeltaube hierzu beauftragt zu sein. Sch. mehrfach vorbestraft, sitzt bereits seit 3 Monaten in Untersuchungshaft. Sein in der Voruntersuchung abgegebenes Geständniß ändert er heute insofern ab, als er nunmehr behauptet, R. würde ihm bei etwaiger Anfrage die Genehmigung zur Ausfertigung des Zettels ertheilt haben. Der Fleischermeister erklärt, daß er auf den Namen des Angeklagten das Fleisch nicht verabfolgt hätte, ebenso bekundet der Arbeiter Ringeltaube, er würde dem Sch. keinesfalls die Genehmigung ertheilen, auf seinen Namen Credit zu beanspruchen. — Der Spruch der Geschworenen lautet natürlich „Schuldig“ der Urkundenfälschung in gewinnsüchtiger Absicht, mildernde Umstände sind vorhanden, und erkennt der Gerichtshof nach dem Antrage der Staatsanwaltschaft auf sechs Wochen Gefängniß, hiervon werden 14 Tage durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtet.

Wegen einer Anklagesache das dritte Mal vor den Geschworenen. — In diesem höchst seltenen Falle befindet sich der Knecht Johann Breuer aus Neudorf bei Oels. Die Anklage, auf „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ lautend, ist aus §§ 117 und 118 des Strafgesetzes erhoben, welche sagen: „Wer einem Forst- oder Jagdbeamten, einem Waldeigenthümer, Forst- oder Jagdberechtigten oder einem von diesen bestellten Aufseher in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt Widerstand leistet oder wer eine dieser Personen während der Ausübung ihres Amtes oder Rechtes thatsächlich angreift, wird mit Gefängniß bis zu drei Jahren bestraft. — Ist durch den Widerstand oder den Angriff eine Körperverletzung dessen, gegen welchen die Handlung begangen ist, verursacht worden, so ist auf Zuchthaus bis zu zehn Jahren zu erkennen. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter drei Monaten ein.“

Nach der Anklage sah der Forstassistent Schulz am Nachmittag des 10. Mai v. J. einen Mann mit 3 Holzstangen beladen aus dem zum Forstgebiet des Grafen Kospoth gehörigen sogenannten Hirsebusch kommen. Diesseits des Hirsebusches endet das dem Grafen Kospoth gehörige Gebiet Kritschen und schließt sich, nur getrennt durch ein kleines Ackerstück, der herzoglich braunschweig'sche, zu Süßwinkel gehörige Forst an. Schulz, welcher beim Grafen Kospoth angestellt, aber noch nicht auf das Forstschutzgesetz vereidet war, befand sich auf Süßwinkler Terrain, als er den Mann bemerkte. Er eilte auf diesen zu und hielt ihn am Eingange zum Katzengrund — auf Süßwinkler Gebiet — an. Der Mann weigerte sich, seinen Namen zu nennen, weil er meinte, der ihm bekannte Forst-Assistent habe auf Süßwinkler Gebiet nichts zu sagen. Schulz begleitete den Mann nach seinem angegebenen Wohnorte Wischkawe. Der Betroffene, in dem später der heutige Angekl. festgestellt worden ist, verließ den angegebenen Weg und kamen nun Beide in's Handgemenge. Breuer, im Begriff, sich einen Knüppel zu seiner Vertheidigung abzuschneiden, wurde von Schulz hieran gehindert, dieser versetzte ihm einen Stoß mit dem Kolben des Gewehrs. Schnell faßte Breuer nach dem doppelläufigen Gewehr und drückte den rechten Hahn ab. Dieser Lauf war aber nicht geladen. Sch. deckte nunmehr die rechte Hand auf den linksseitigen Hahn und nun soll Br. auf die Hand geschlagen haben, so daß der Hahn in den Handteller eindrang. Schon vorher hatte Sch. mit dem Horn das Nothsignal gegeben, jetzt schrie er um Hilfe. Es eilten zwei Söhne des Müllers Stache herbei und rief Schulz diesen zu: „Bitte, beeilen Sie sich, hier gehts um Menschenleben.“ Der Angeklagte bestreitet zum Theil die Richtigkeit dieser vom Zeugen beeideten Angaben. — Als Br. am 20. Sept. v. J. das erstemal vor den Geschworenen stand, war seine Freisprechung in sicherer Aussicht, weil Sch. erst auf fremdem Gebiet seine Thätigkeit begonnen, also durch die erwähnten Bestimmungen des Strafgesetzes nicht geschützt wird. Da erhob Sch. den Einwand: „Es existire zwischen den beiderseitigen Verwaltungen ein Abkommen, Forst- und Jagdfrevler auf dem jenseitigen Gebiet verfolgen zu dürfen.“ Es trat deshalb Vertagung ein, um den Oberförster Kiok aus Kritschen über diesen Umstand zu vernehmen. Br., damals 3 Wochen im Sicherungsarrest, wurde entlassen. — Am 30. Nov. wurde Br. abermals aus der Haft vorgeführt; Sch. war krank geworden, Br. wurde abermals entlassen. Heut war der bisher unbestrafte Br. auf's Neue aus der Untersuchungshaft vorgeführt worden. — Der Oberförster Kiok, ein fast tauber Mann im Alter von 89 Jahren, erklärt, das erwähnte Abkommen existire nur als Privat-Abmachung der beiden Oberförster. Herr Staatsanwalt von Rosenberg verzichtet auf Vernehmung der übrigen Zeugen und empfiehlt den Geschworenen, auf die vorliegende Anklage das „Nichtschuldig“ auszusprechen, behält aber durch eine Erklärung zu Protokoll dem Staatsanwalt zu Oels das Recht vor, neue Anklage aus § 113 (Widerstand gegen einen Beamten) und § 223 (vorsätzliche Körperverletzung) zu erheben. Die Geschworenen verkünden das „Nichtschuldig“; Br. wird also freigesprochen und seine sofortige Haftentlassung angeordnet.

X. **Neumarkt**, 25. Jan. [Tageschronik.] Das Stiftungsfest hiesigen freiwilligen Feuerwehr-Vereins fand wie immer im Scheulerschen Saale statt, welcher mit Fichtengrün reichlich geschmückt war. Von Seiten des Magistrats hatten sich der Bürgermeister Kamcke und Rathsherr Weber eingefunden. Ersterer brachte bei der Tafel, nachdem er eine warme Ansprache an den Verein gehalten, einen Toast auf das Gedeihen desselben aus, während Rathsherr Weber in launiger Weise den Frauen und Jungfrauen der Mitglieder gedachte. Musik- und andere Vorträge, erstere unter Leitung unseres Musik-Dirigenten Ludwig brachten frisches Leben in das bis gegen Morgen dauernde recht hübsche Fest. — Die alljährliche General-Versammlung und Rechnungslegung durch den Vorstand des hiesigen Vorschuß- und Sparvereins erfolgte ebenfalls wieder und ließ ein günstiges Resultat ersehen. Die Mitglieder bekommen diesmal 7 pCt. Dividende.

Berlin, 25. Jan. Das von der Ultimoregulirung unabhängige Geschäft blieb heute wiederum sehr gering, trotzdem aber war nicht zu verkennen, daß die Speculation eine regere Thätigkeit entfaltete. Die etwas lebhaftere Bewegung fußte in erster Linie zwar auf Deckungskäufe der Contremine, es gesellten sich zu diesen aber auch Meinungskäufe von nicht ganz unbedeutendem Umfange. Die politische Situation wird von nicht Wenigen augenblicklich wieder in friedlichem Sinne aufgefaßt. Das Prolongationsgeschäft nimmt seinen ruhigen Fortgang, während sich die Deportsätze etwas höher stellten. Es bedangen Deport: Credit 1,60—1,80 M., Lombarden 1—1,10 M., Franzosen 1—0,90 M., Reichsbank 1/5—1/4 %, Disc.-Commandit 1/4 %, Laurahütte 1/8—1/6 %, Cöln-Mind. 1/2 %—1‰ %, Rheinische 1/2 ‰, Bergische 1/2 ‰ bis 1 %, Italiener 0,35 %, 5 % Russen 3/4—7/8 %, Oesterreichische Goldrente 1/8 %, Silberrente 0,25 %, Papierrente 0,15—0,20 %. Die internationalen Speculationspapiere zogen sämmtlich in den Notirungen an und Oesterreichische Creditactien gingen sogar mit einer ziemlich bedeutenden Avance aus dem heutigen Verkehr hervor. Auch Franzosen behaupteten trotz der sehr bedeutenden Minder-Einnahmen der letzten Betriebswoche von 295,000 Fl. recht gute Festigkeit. Eben so begegneten Lombarden einiger Nachfrage. Oesterreichische Nebenbahnen fanden heute ebenfalls mehr Beachtung und besserten vielfach die Notirungen. Zu den bevorzugteren Devisen zählen Galizier, ferner Rudolfsbahn, Elisabethbahn, Dux-Bodenbacher und Elbethalbahn. Die localen Speculationseffecten zeigten sich ruhiger, Disconto-Commandit-Antheile waren sehr fest und erhöhten etwas die Notiz, 108,10, ultimo 107,75—108,40, auch Dortmunder Union blieb bis zum Schluß trotz einer mäßigen Courserhöhung unbelebt. Laurahütte 70,90, ultimo 70,60—70,75. Für ausländische Staatsanleihen blieb die Stimmung ziemlich animirt und stellten sich die Notirungen durchweg höher als gestern, österreichische Goldrente ging anfänglich sehr lebhaft um, der Verkehr erlitt aber später eine kleine Abschwächung. 1860er Loose ruhiger, Italiener schwächer. Amerikaner gut behauptet. Russische Werthe sämmtlich anziehend. 5 procentige Anleihe pr. ultimo 82—81,75—82,25 bis 81,90. Preußische, sowie andere deutsche Staatspapiere unbelebt. Mehr Interesse zogen die Eisenbahn-Prioritäten auf sich. Von einheimischen Devisen waren 4½ procentige bevorzugt. Freiburger 4½ procentige gefragt, Oberschlesische gut zu lassen, Hannover-Altenbekener zu höherem Course begehrt, für Magdeburg-Leipziger fehlten Abgeber. Auch ausländische Prioritäten meist beliebt. Auf dem Eisenbahn-Actien-Markte herrschte eine sehr feste Haltung. Unter den rheinisch-westfälischen Devisen zeichneten sich besonders Köln-Mindener durch lebhaften Verkehr aus. Eine sehr bevorzugte Stelle nahmen Freiburger ein, für welche die Baufortschritte der Strecke Cüstrin-Stettin vielfach Käufer anlocken. Weimar-Geraer Stamm-Priorit.-Actien besser. Bankactien mäßig belebt und in recht fester Haltung, die wohl beeinflußt wurde durch die Nachricht, daß die Norddeutsche Bank 8 pCt. Dividende vertheilen dürfte; genanntes Papier war dann auch über Cours gefragt. Preuß. Hypotheken-Actien-Bank zog im Course an. Deutsche Bank steigend. Bank für Rheinland in regerem Verkehr. Deutsche Handelsbank wurde lebhaft zu besserem Course umgesetzt. Meininger ebenfalls belebt und steigend. Centralbank für Bauten anziehend. Sächsische Bank erhöhte die Notiz, ferner Petersburger Internationale, Leipziger Credit und Berg.-Märk. Industrie höher. Industriepapiere fanden weniger Beachtung, Cen-

tralstraße begehrt. Norddeutsche Eiswerke und Nordhausen Tapeten in guter Frage. Viehhof etwas besser. Große Pferdebahn zu gestriger Notiz offerirt. Dessauer Gas zog etwas an. Egestorf Maschinen lebhaft und anziehend. Hartmann Maschinen etwas besser. Görlitzer Eisenbahnbedarf höher, begehrt, doch fehlte es an Abgebern. König Wilhelm und Phönix A. höher. Braunschweiger Kohlen, Aplerbecker, Arenberger und Bochumer B. ließen im Course nach. Gelsenkirchen matt.

Um 2½ Uhr: Fest. Credit 236,50, Lombarden 123, Franzosen 390, Reichsbank 154,50, Disconto-Commandit 108,50, Laurahütte 70,75, Köln-Mindener 101,25, Rheinische 110,50, Bergische 80,10, Rumänen 13,40, Türken 11,90, Italiener 72,00, 5% Russen 82,10, Oesterreichische Goldrente 60,75, Silberrente 55,00, Papierrente 49,90.

Berlin, 25. Jan. [Producten-Bericht.] Bei heiterem Himmel haben wir leichten Frost und wohl nicht außer Zusammenhang hiermit war die Haltung für Getreide heute weniger matt als in den letzten Tagen. Roggen hat sich im Werthe behauptet; ein ziemlich ergiebiges Angebot auf Termine fand Aufnahme, ohne daß die Preise benachtheiligt wurden. Das Effectivgeschäft ist wegen spärlicher Bahnzufuhr schwach; an Käufern für gute Waare fehlt es nicht. — Roggenmehl unverändert. Weizen ist nicht viel umgesetzt aber die Käufer mußten sich festen Forderungen fügen. — Hafer loco matt. Termine wenig verändert; es zeigte sich aber etwas mehr Kauflust. — Rüböl still, doch in fester Haltung. — Petroleum fand erst nach weiterer Preisermäßigung einige Beachtung. — Spiritus matt eröffnend, hat stärker hervortretender Kauflust gegenüber sich im Werthe und in der Haltung sichtbar befestigt.

Weizen loco 195—235 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, weißer bunter polnischer — Mk. ab Bahn bez., per April-Mai 222—221½ bis 222 Mk. bezahlt, per Mai-Juni 223 Mk. bezahlt. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Roggen loco 159—185 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 159½—160½ Mark ab Boden bez., neuer russischer 160—168 Mk. bezahlt, neuer poln. — Mark bezahlt, inländischer 175—185 Mark ab Bahn bezahlt, per Januar — Mark bezahlt, per Januar-Februar 159½ Mark bez., per Februar-März 160 Mark bez., per Frühjahr 162—161⅛—162 Mk. bez., per Mai-Juni 160½—160 bis 160½ Mk. bezahlt, per Juni-Juli 159½ Mk. bezahlt. Gekündigt 1000 Ctr. Kündigungspreis 159½ Mark. — Gerste loco 130—180 Mark nach Qualität gefordert. — Hafer loco 125—167 Mk. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 138—153 Mark bezahlt, russischer 130 bis 140 Mark bezahlt, pommerscher 158—160 Mark bez., schlesischer 150—160 Mark bez., galizischer — Mark bez., böhmischer 150—160 Mark bez., ungarischer 138—140 Mark bez., defecter russischer — Mark ab Bahn bez.

Spiritus loco „ohne Faß" 53,7 Mark bez., per Januar-Februar 54 Mk. bez., per Februar-März 54 Mark bezahlt, per April-Mai 55,7—56,4—56,2 Mark bezahlt, per Mai-Juni 55,9—56,5—56,4 Mark bezahlt, per Juni-Juli 57,2—57—57,5 Mark bezahlt, per Juli-August 58,2—58—58,5 Mark bezahlt, per August-September 58,7—4—59 Mark bez. Gekündigt 30,000 Liter. — Kündigungspreis 54,4 Mark.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Versailles, 25. Jan. Kammer. Wahl der Budget-Commission. Die Gambettisten, durch die Rechte und die Bonapartisten unterstützt, erhielten der gemäßigten Linken und dem linken Centrum gegenüber die Majorität. Die Wiederwahl Gambetta's zum Vorsitzenden der Budget-Commission gilt als sicher.

Brüssel, 25. Jan. Eine königl. Verordnung verbietet die Einfuhr und Durchfuhr des aus Deutschland kommenden Viehes.

Washington, 25. Jan. Die Repräsentantenkammer hat eine Commission ernannt, welche prüfen soll, ob der Präsident Grant die ihm verfassungsmäßig zustehenden Befugnisse überschritten habe, als er bei den letzten Wahlen im Süden Truppen interveniren ließ. — Der Senat ist mit der Berathung des Comiteantrages betreffend die Präsidentenwahl beschäftigt.

Newyork, 25. Jan. Der Dampfer „Spain" von der National-Dampfschiffs-Compagnie (C. Messing'sche Linie) ist hier eingetroffen.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 25. Jan., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204, 22. Pariser Wechsel 81, 30. Wiener Wechsel 163, 40. Böhmische Westbahn 141. Elisabethbahn 112½. Galizier 168¼. Franzosen*) 194. Lombarden*) 60½. Nordwestbahn 95½. Silberrente 55⅜. Papierrente 50⅜. Russische Bodencredit 79¾. Russen 1872 83¼. Amerikaner 1885 102⅛. 1860er Loose 99¾. 1864er Loose 249, 50. Creditactien*) 117⅞. Oesterreichische Nationalbank 680, 00. Darmst. Bank 100. Berliner Bankverein 88⅜. Frankfurter Wechslerbank —. Oesterr.-deutsche Bank —. Meininger Bank 71½. Hessische Ludwigsbahn 95½. Oberhessen —. Ungarische Staatsloose 139, 00. do. Schatzanweisungen alte 82⅛. do. Schatzanweisungen neue 79¾. do. Ostbahn-Obligationen II. 56⅛. Central-Pacific 98¾. Reichsbank 154 5/16. Silbercoupons —. Goldrente 60⅝. Silbercoupons —. Lebhaft und durchweg fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 118, Franzosen 194¾, 1860er Loose —, —, Silberrente —, Papierrente —, Galizier —, Lombarden —, Goldrente 60 11/16, Nationalbank —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 25. Jan., Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-Act. 115½, Silberrente 55, Goldrente 60 13/16, Credit-Actien 117¾, 1860er Loose 100, Franzos. 488½, Lomb. 151½, Ital. Rente 71¼, Vereinsbank 117, Laurahütte 70¼, Commerzb. 99¼, Norddeutsche 127⅞, Anglodeutsche 42, Internationale Bank 84⅝, Amerikaner de 1885 97⅛, Köln-Minden. St.-A. 101, Rhein-Eisenbahn do. 110½, Berg.-Märk. do. 80, Disconto 2¼ pCt. Fest.

Der Verwaltungsrath der Norddeutschen Bank hat die zu vertheilende Dividende auf 8 pCt. festgesetzt.

Hamburg, 25. Jan., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termine behauptet, Roggen loco ruhig, auf Termine matt. Weizen pr. April-Mai 222 Br., 221 Gd., pr. Mai-Juni per 1000 Kilo 224 Br., 223 Gd. Roggen pr. April-Mai 161 Br., 160 Gd., pr. Mai-Juni per 1000 Kilo 161 Br., 160 Gd. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüböl matt, loco 76, pr. Mai pr. 200 Pfd. 75. — Spiritus still, pr. Januar-Februar 44¼, pr. Febr.-März 44¼, pr. April-Mai 44½, pr. Mai-Juni pr. 100 Liter 100% 44½. Kaffee ruhig, Umsatz 1000 Sack. — Petroleum ruhig, Standard white loco 19, 50 Br., 19, 00 Gd., pr. Januar 19, 00 Gd., per Februar-März 18, 00 Br. — Wetter: Kalt.

Liverpool, 25. Jan., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 18,000 Ballen, davon 17,000 B. amerikanische.

Liverpool, 25. Januar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Unverändert. Ankünfte schwach.

Middl. Upland —, middl. Orleans 7⅛, middl. fair Orleans —, fair Orleans —, middl. Mobile 6 5/16, fair Pernam 7 1/16, fair Bahia —, fair Maceio —, fair Maranham —, fair Rio —, middl. Egyptian —, fair Egyptian 6⅞, good fair Egyptian —, fair Smyrna 9¾, fair Dhollerah 5 15/16, fully good fair Dhollerah —, middl. fair Dhollerah 5 7/16, middl. Dhollerah 5¼, good middl. Dhollerah 5 7/16, fair Domra 5¾, good fair Domra 6⅛, fair Scinde —, fair Madras 5 7/16, fair Bengal 5, good fair Bengal —, fair Tinnevelly —, fair Broach 7.

Liverpool, 25. Jan. [Baumwolle.] Domra und Good new marchants Januar-Februar-Verschiffung per Canal 6¼, Good fair Domra und Fair new marchants Januar-Februar-Verschiffung 6⅛.

Newyork, 25. Januar, Abends 6 Uhr. [Schluß-Course.] Gold-Agio 6. Wechsel auf London 4, 84. 5/20 Bonds de 1885 108¾, dito 5% fundirte Anleihe 112. 5/20 Bonds de 1887 113½. Erie-Bahn 10⅛. Baumwolle in Newyork 13⅜, do. in New-Orleans 12⅝, Raff. Petroleum in Newyork 26¾. Raff. Petroleum in Philadelphia 26¾. Mehl 6, 25. Mais (old mixed) 62. Rother Frühjahrsweizen 1, 49. Caffee Rio 19¾. Havanna-Zucker 9½. Getreidefracht 6. Schmalz (Marke Wilcox) 11⅝. Speck (short clear) 9⅜.

Paris, 25. Januar, Mittags. Rohzucker matt, Nr. 10/13 pr. Januar pr. 100 Kilogr. 71, 00, Nr. 7/9 pr. Jan. pr. 100 Kilogr. 75, 50. Weißer Zucker matt, Nr. 3 pr. 100 Kilogramm pr. Januar 81, 00, pr. Februar 80, 75, pr. Januar-April 81, 00, pr. März-Juni —.

London, 25. Jan. Havannazucker ruhig.

Antwerpen, 25. Jan., Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen matt. Roggen unverändert. Hafer stetig. Gerste weichend.

Antwerpen, 25. Jan., Nachmittags. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 50½ bez. und Br., pr. Januar 50½ Br., per Februar 50½ Br., per März 47 Br., per April 47 Br. — Matt.

Bremen, 25. Januar, Nachmittags. [Petroleum] (Schlußbericht.) Standard white loco 20, 00, pr. Januar 20, 00, per Februar 19, 75, per März 18, 75.

Berliner Börse vom 25. Januar 1877.

Fonds- und Geld-Course.

Consol dirte Anleihe.	4½	104,10 bz
do. de 1876	4	95,40 bz
Staats-Anleihe	4	95,60 G
Staats-Schuldscheine	3½	92,25 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	144,50 bzG
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,10 bz G
Pfandbriefe: Berliner	4½	101,70 bzB
Pommersche	3½	83,50 G
do.	4	95,60 bzG
do.	4½	101,80 bz
do. Lndsch.Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	94 80 bz
Schlesische	3½	85 bz
Landschaftl.Central	4	95,10 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	95,25 bz
Pommersche	4	95,20 bz
Posensche	4	95 G
Preussische	4	95,10 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	98,50 G
Sächsische	4	95,90 bz
Schlesische	4	96,50 bzG
Badische Präm.-Anl.	4	121,10 G
Baierische 4% Anleihe	4	123,90 bz
Cöln-Mind.Prämiensch.	3½	108,80 bzG
Sächs. Rente von 1876	3	71,10 G

Kurh. 40 Thaler-Loose 243,70 bzG
Badische 35 Fl.-Loose 141,50 G
Braunschw. Präm.-Anleihe 85,50 G
Oldenburger Loose 135 bz

Ducaten 9,64 bz	Fremd. Bkn. — —
Sover. 20,36 G	einl.i.Leip. — —
Napoleons 16,26 bzB	Oest. Bkn. 163,45 bz
Imperials — —	do.Silbergd. 191 bz
Dollars 4,18 bzG	Russ. Bkn. 251,40 bz

Hypotheken-Certificate.

Krupp'schePartial-Obl.	5	103.10 bz
Unkb.Pfd. d.Pr.Hyp.-B.	4½	99,25 bzG
do. do.	5	100,75 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzG
do. do. do.	5	101 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,25 G
Unkünd. do. (1872)	5	101 bzG
do. rückzb. à 110	5	105,75 bzG
do. do. do.	4½	98,50 bzG
Unk. H.d.Pr.Bd.-Crd.B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	102,90 bzG
Kündb.Hyp.Schuld. do.	5	100 G
Hyp.-Anth.Nord.-G.C-B	5	101 bzG
do. do. Pfandbr.	5	101 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	105,50 G
do. do. II. Em.	5	101,50 G
Goth. Präm.-Pf. I Em.	5	108 bz
do. do. II. Em.	5	107 bz
do. 5%Pf.rkzlbr.m.116	5	102 G
do. 4½ do. do. m.110	4½	96,75 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	102,75 G
Oest. Silberpfandbr.	5½	33,80 etbzG
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	— —
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	5	85,50 G
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100,20 B
do. do.	4½	94 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,40 G
do. do. 4½%	4½	98 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	31,10 bz

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1./1.1./7.)	4⅕	55 bz
do. (1./4.1./10.)		54,90 bz
do. Goldrente	4	60,80 bz
do. Papierrente	4⅕	50 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	93,90 B
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	99 50 bz
do. Credit-Loose	—	292,60 bz
do. 64er Loose	—	248,50 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	143 bz
do. do. 1866	5	143,75 etbzB
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	80,30 bzG
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	— —
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	77,75 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	76,50 etbz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	62,75 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	105,75 etbzG
do. do. 1885	6	102,10 G
do. 5% Anleihe	5	103,25 bzG
Französische Rente	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	72 bzG
Ital. Tabak-Oblig.	6	162,90 bzB
Raab-Grazer 100Thlr.L.	4	66 G
Rumänische Anleihe	8	84 bz
Türkische Anleihe	5	12 etbzB
Ung.5%St.-Eisenb.-Anl	5	66,75 G

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 39,25 bz
Türken-Loose 26,20 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	100 G
do. III. v. St.3½g.	3½	84,75 bzG
do. do. VI.	4½	99 B
do. Hess. Nordbahn.	5	103,50 B
Berlin-Görlitz	5	102 G
do.	4½	87 G
do. Lit C.	4½	83,50 G
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	— —
do. do. E.	4½	— —
do. do. F.	4½	— —
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	— —
do. do. J.	4½	90,50 G
do. do. K.	4½	90,10 bzG
do. von 1876	5	98,70 B
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	90,50 G
do. Lit. B.	4½	100 B
do. IV.	4	92,25 B
do. V.	4	90,50 G
Halle-Sorau-Guben	5	100,40 bz
Hannover-Altenbeken	4½	93,50 G
Märkisch-Posener	5	102 B
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	— —
do do. II. Ser.	4	— —
do. do. Obl.I. u. II.	4	97 G
do do. III. Ser.	4	96 G
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	92,25 bzG
do. E.	3½	84,50 G
do. F.	4½	102 G
do. G.	4½	99.75 B
do H.	4½	101,60 bz
do. von 1869.	5	103,25 bz
do. von 1873.	4	— —
do. von 1874.	4½	96,60 bzG
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	103,25 B
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl.Zwgb.	3½	77 G
Ostpreuss. Südbahn	5	102,50 B
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	101,25 B
Schlesw. Eisenbahn	4½	99.50 B
Chemnitz-Komotau	5	94,25 G
Dux-Bodenbach	5	60 G
do. II. Emission	5	41.10 G
Prag-Dux	fr.	23,50 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	83,10 bz
do. do. neue	5	81,10 bzG
Kaschau-Oderberg	5	54.10 bzG
Ung. Nordostbahn	5	49,50 bz
Ung. Ostbahn	5	48,75 bz
Lemberg-Czernowitz	5	62.75 bzB
do. do. II.	5	63,75 G
do. do. III.	5	56 bzG
Mährische Grenzbahn	5	52,25 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	14 bz
do. II.	fr.	— —
Kronpr.-Rudolf-Bahn	5	61,70 bz
Oesterr.-Französische	3	315 G
do do. II.	3	296,25 G
do. südl. Staatsbahn	3	229,60 G
do. neue	3	230,50 G
do. Obligationen	5	76,80 B
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	50 bzG
Warschau-Wien II.	5	94,90 bz
do. III.	5	91,75 bz
do. IV.	5	85,75 bzB
do. V.	5	80,90 etbzG

Wechsel-Course.

Amsterdam 100Fl.	8 T.	3	169,75 bz
do. do.	2 M.	3	168,90 bz
London 1 Lstr.	3 M.	2	20,36 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	81,25 bz
Petersburg 100SR.	3 M.	6	245,30 bz
Warschau 100SR.	8 T.	6	249,90 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	163,40 bz
do. do.	2 M.	4½	162,35 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1875	1876	Zf.	
Aachen-Mastricht	1	—	4	20,75 bz
Berg.-Märkische	4	—	4	86,00 bzG
Berlin-Anhalt	8	—	4	104,50 bzG
Berlin-Dresden	2½	0	4	22,90 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	22,00 bzG
Berlin-Hamburg	10	—	4	169,75 bz
Berl. Nordbahn	—	—	fr.	— —
Berl.-Potsd-Magdb	3	—	4	80,25 bzB
Berlin-Stettin	6⅘	—	4	122,50 bz
Böhm. Westbahn	5	—	5	70 G
Breslau-Freib.	5⅔	—	4	71,25 bzG
Cöln-Minden	4 6/10	—	4	101 25 bz
do. Lit. B.	—	—	5	— —
Cuxhaven. Eisenb.	0	0	6	— —
Dux-Bodenbach.B.	0	0	4	7,50 bzG
Gal. Carl-Ludw.-B.	6	—	4	84,10-84,10
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	13,75 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	4	15,70 bzG
Kaschau-Oderberg	4½	—	5	35,90 bzG
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	42,50 bzG
Ludwigsb.-Bexb.	9	—	4	180,50 B
Märk.-Posener	0	0	4	18,50 bzG
Magdeb.-Halberst.	6	—	4	109,60 bzG
Magdeb.-Leipzig	14	—	4	— —
do. Lit. B.	4	—	4	— —
Mainz-Ludwigsh.	6	—	4	95,75 bzG
Niederschl.-Märk.	4	4	4	96 90 B
Oberschl. A.C.D.E.	10½	—	3½	128,50 bz
do. B.	10½	—	3½	120,50 G
Oesterr.-Fr. St.-B.	6½	—	4	387-6,50-90
Oest. Nordwestb.	5	5	5	190,00 bz
Oest.Südb.(Lomb.)	0	0	4	122-23
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	23 90 bz
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	4	105 90 bz
Reichenberg-Pard.	4½	—	4½	45,00 bz
Rheinische	8	—	4	110,50 bz
do. Lit. B. (4%gar.)	4	4	4	91,50 G
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	11,90 bz
Rumän. Eisenbahn	2½	—	4	13 30 bzG
Schweiz Westbahn	0	0	4	24,10 bzG
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101 25 bzG
Thüringer Lit A.	8½	—	4	126 bzB
Warschau-Wien.	7½	—	4	181,90 B

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	5	—	5	52,00 bz
Berliner Nordbahn	—	—	fr.	— —
Breslau-Warschau	0	—	5	— —
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	31,50 bz
Hannover-Altenb.	0	0	5	35,75 bz
Kohlfurt-Falkenb.	0	—	5	32,00 G
Märkisch-Posener	3½	—	5	68,50 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	71,00 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	96 90 bz
Ostpr. Südbahn	5	—	5	74,15 bzG
Pomm. Centralb.	—	—	fr.	— —
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	5	109,25 bz
Rumänier	8	—	8	55,75 G
Saal-Bahn	1½	—	5	24,75 B
Weimar-Gera	2½	—	5	23,00 bzG

Bank-Papiere.

Allg.Deut.Hand.-G.	0	—	4	24,50 bzG
Anglo DeutscheBk.	3	—	4	43,00 B
Berl. Kassen-Ver.	17,7	—	4	151,00 G
Berl. Handels-Ges.	5	—	4	68,00 G
do.Prod.-u.Hdls.-B.	9½	—	4	79 50 bzG
Braunschw. Bank.	6⅔	—	4	98,25 bzG
Bresl. Disc.-Bank	2	—	4	69,00 bzG
Bresl. Makl.Ver.-B.	4	—	4	— —
Bresl. Wechslerb.	4	—	4	72,60 G
Coburg. Cred.-Bnk.	2½	—	4	68,00 G
Danziger Priv.-Bk.	7	—	4	115,00 G
Darmst. Creditbk.	6	—	4	99,50 bz
Darmst. Zettelbk.	5¼	—	4	96,75 G
Deutsche Bank	3	—	4	84,00 bz
do. Reichsbank	—	—	4½	154,50 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	—	4	92,00 bz
Disc.-Comm.-Anth.	7	—	4	108,10 bz
do. ult.	7	—	4	107,75-85⅛ bz
Genossensch.-Bnk.	5½	—	4	90,00 B
do. junge	5½	—	4	97,00 B
Gwb. Schuster u. C.	0	—	4	6,25 bz fr. Z.
Goth. Grundcredb.	8	—	4	101,50 etbzG
Hamb. Vereins-B.	9 4/9	10	4	117,00 G
Hannov. Bank	6 7/15	—	4	101,50 bzG
Königsb.Ver.-Bank	5¼	—	4	81,10 G
Lndw.-B. Kwilecki	6	—	4	64,00 G
Leipz. Cred.-Anst.	7	—	4	109,00 G
Luxemburg. Bank	6⅔	—	4	93.00 G
Magdeburger do.	5½	—	4	104,00 bzG
Meininger do.	3	—	4	76,70 bzG
Moldauer Lds.-Bk.	0	—	4	15,50 G
Nordd. Bank	6⅔	—	4	127,75 bzG
Nordd. Grundcr.-B.	9	—	4	93,00 bzG
Oberlausitzer Bk.	2	—	4	50.00 B
Oest. Cred.-Actien	5	—	4	234-37-36,50
Posner Prov.-Bank	2½	—	4	97,40 bzG
Pr.Bod.-Cr.-Act.-B.	8	—	4	96,00 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	116,00 bzG
Sächs. Bank	10	—	4	115,50 bzG
Sächs. Cred.-Bank	5¼	—	4	94,50 G
Schl. Bank-Verein	5	—	4	86,75 B
Schl. Vereinsbank	5	—	4	89,50 bz
Thüringer Bank.	5	—	4	70,90 bzG
Weimar. Bank.	0	—	4	41,00 G
Wiener Unionsb.	2 6/7	—	4	85,00 G

In Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	88,50 G
Berl. Bankverein	0	—	fr.	47,75 G
Berl. Lombard-B.	—	—	fr.	— —
Berl. Prod-Makl.-B.	—	—	fr.	57,50 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	30 G
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	95,50 G
Deutsche Unionsb.	0	—	fr.	86,80 G
Hannov. Disc.-Bk.	8⅓	—	fr.	96,25 G
Hessische Bank	—	—	fr.	56,50 G
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	89 G
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	—	—	fr.	1,00 G

Industrie-Papiere.

Berl.Eisenb.-Bd-A.	0	—	fr.	712,00 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	10,10 bzG
do. Reichs-u.Co.-E.	0	—	4	67,00 bzB
Märk.Sch.Masch.G.	0	—	4	14,10 G
Nordd. Gummifab.	5	—	4	52,00 G
do. Papierfabr.	0	—	4	— —
Westend, Com.-G.	0	—	fr.	2,40 G
Pr.Hyp.-Vers.-Act.	18	—	4	116,00 bzB
Schles. Feuervers.	20	—	4	705 B
Donnersmarkhütte	3	—	4	18,50 G
Dortm. Union	0	—	4	6,80 bzG
Königs- u. Laurah.	2	—	4	70,90 bz
Lauchhammer	0	—	4	24,00 bzG
Marienhütte	8	—	4	68,00 G
OSchl. Eisenwerke	1½	—	4	8 B
Redenhütte	0	—	4	5,75 G
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	7,50 G
Schl.Zinkh.-Actien	6	—	4	77,50 B
do. St.-Pr.-Act.	6	—	4½	85,00 bzG
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	38,50 G
Vorwärtshütte	0	—	4	14 B
Baltischer Lloyd	0	—	4	41,50 G
Bresl. Bierbrauer.	0	—	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	6⅔	—	4	46,50 G
do. ver. Oelfabr.	1	—	4	44,00 G
Erdm. Spinnerei	1	—	4	17,00 G
Görlitz. Eisenb.-B.	4	—	4	39,50 G
Hoffm's Wag.Fabr.	0	—	4	15,50 G
O. Schl. Eisenb.-B.	0	—	4	27,00 G
Schl. Leinenind.	8	5⅓	4	68,10 bzG
do. Porzellan	0	—	4	11 B
WilhelmshütteMA.	4½	—	4	76,00 G

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

⁂ **Breslau**, 26. Jan., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Geschäftsverkehr von gar keiner Bedeutung, bei mäßigem Angebot und unveränderten Preisen.

Weizen bei schwachen Zufuhren preishaltend, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 17,10 bis 19,30—21,50 Mark, gelber 17,10—19,10—20,90 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, nur feine Qualitäten verkäuflich, per 100 Kilogr. neuer 15,60 bis 17,30 bis 18,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste ohne Aenderung, per 100 Kilogr. neue 13,60 bis 14,80 Mark, weiße 15,20—15,80 Mark.

Hafer schwach gefragt, per 100 Kilogr. neuer 13,50—14,60—15,50 Mark.

Mais schwach preishaltend, per 100 Kilogr. 11,20—12,20—13,50 Mark.

Erbsen ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 12—13,50 bis 15,20 Mark.

Bohnen mehr beachtet, per 100 Kilogr. 15,70—17,00—18,00 Mark.

Lupinen gut behauptet, per 100 Kilogr. gelbe 9,50—10,50—11,20 Mark, blaue 9,30—10,40—11,00 Mark.

Wicken schwache Kauflust, per 100 Kilogr. 11,50—12,50—13,50 Mark.

Oelsaaten in matter Haltung.

Schlaglein mehr beachtet.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	50	25	—	22	50
Winterraps	33	—	31	—	30	—
Winterrübsen	32	50	29	50	28	50
Sommerrübsen	31	—	29	—	28	—
Leindotter	27	—	26	—	23	50

Rapskuchen ruhiger, per 50 Kilogr. 7,20 bis 7,60 Mark.

Leinkuchen unverändert, per 50 Kilogr. 9—9,50 Mark.

Kleesamen schwach zugeführt, rother nur feine Qualitäten verkäuflich, per 50 Kilogr. 57—67—74—79 Mark, — weißer matter, per 50 Kilogr. 60—70—75—82 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee unverändert, per 50 Kilogr. 23—27—30 Mark.

Mehl ohne Aenderung, per 100 Kilogr. Weizen fein alt 33 bis 34 Mark, neu 29—30 Mark, Roggen fein 26,75—27,75 Mark, Hausbacken 25,75—26,75 Mark, Roggen-Futtermehl 10,00—11,00 Mark, Weizenkleie 8 bis 9 Mark.

Witterungsbericht vom 25. Januar.

7—8 Uhr Morgens.

	Temperat. °Celsius.	Wind.	Wetter.
Memel	— 5	SO leicht.	ganz bedeckt.
Hamburg	— 2	SO leicht.	Nebel.
Crefeld	+ 1	W Windstille.	Nebel.
Hannover	+ 1	SW leiser Zug.	Nebel.
Leipzig	— 2	W leicht.	ganz bedeckt.
Berlin	— 2	SO leicht.	einviertel bedeckt.
Breslau	— 3	O leicht.	ganz bedeckt.
Bamberg	— 1	N leis. Zug.	ganz bedeckt.
Carlsruhe	0	SW leicht.	ganz bedeckt.
Friedrichshafen	— 1	SW mäßig.	ganz bedeckt.

Barometer außer äußersten Nordosten weiter gefallen. Außer Süden und Westen etwas wärmer, überall gelinder Frost, das Wetter sehr ruhig. Westdeutschland trübe, vielfach nebelig. Ostseegebiet meist ziemlich heiter.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Januar 25. 26.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftwärme	— 1°,5	— 4°,1	— 4°,7
Luftdruck bei 0°	333''',96	333''',59	331''',65
Dunstdruck	1''',45	1''',04	1''',13
Dunstsättigung	83 pCt.	76 pCt.	88 pCt.
Wind	NO. 1	O. 2	SO. 2
Wetter	bewölkt.	bedeckt.	bedeckt, Treibeis

Breslau, 26. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. — Cm. U.-P. — M. 42 Cm.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. (In Vertretung: Dr. Weis.)
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.